



Fünf Jahre Deutschland

Yakov Hadas-Handelsman



BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

Yakov Hadas-Handelsman

Fünf Jahre Deutschland

Copyright © 2017 by Botschaft des Staates Israel
Protokoll und Redaktion: Philip Volkmann-Schluck

Einbandfoto: Boaz Arad

www.israel.de

Dieses Buch können Sie auf unserer Webseite herunterladen
oder kostenlos bestellen unter: press1@berlin.mfa.gov.il

Layout, Satz und Druck: Lothar Schwarzer GbR Druck & Werbung Berlin

Inhalt

<i>Vorwort</i>	5
1. „Was gesagt werden muss“: Antisemitismus und Israel-Kritik.....	9
1.1 Wann ist Kritik kein Judenhass?.....	15
1.2 Antisemitismus bringen nicht nur Flüchtlinge mit.....	19
1.3 „Kauft nicht bei Juden“	22
1.4 Zur Frage des Siedlungsbaues	27
2. Deutschland, Anführer der Freien Welt	31
2.1 Der ewige „Nazi-Vorwurf“	31
2.2 Außenpolitik: Gut oder nur gut gemeint?.....	37
2.3 Deutschland, Iran und der Nahe Osten.....	41
2.4 Beschneidung, Islamisten und Pegida.....	46
3. Gemeinsam gegen den Terror	54
4. Der deutsch-israelische Alltag: Schmetterlinge und Interessen ...	58
<i>Schlusswort</i>	63

Vorwort

Ich hätte meiner Mutter das Geld für den Eintritt aus ihrem Portemonnaie geklaut, so sehr wollte ich dieses Spiel sehen. Damals, im Frühjahr 1970, reiste das Team von Borussia Mönchengladbach als erste Bundesliga-Mannschaft überhaupt für ein Freundschaftsspiel nach Israel, für ein Spiel gegen unsere Nationalmannschaft. Meiner Mutter behagte dieses Spiel gegen die Deutschen nicht, zu nah war ihr die dunkle Vergangenheit. So ging es damals vielen Israelis. Sie erlaubte mir trotzdem, dieses historische Spiel im ausverkauften Bloomfield Stadium in Tel Aviv-Yafo anzuschauen. Das Geld für die Eintrittskarte steckte sie mir noch zu.

Ich war zwölf Jahre alt. Deutschland und Israel hatten damals seit gerade mal fünf Jahren diplomatische Beziehungen aufgenommen, doch meine Helden trugen alle deutsche Namen: Sie hießen Netzer, Heynckes, Kleff, Vogts und so weiter. Ich kannte sie damals nur in schwarz-weiß, aus dem israelischen Fernsehen, das damals kaum über Fußball berichtete und noch weniger über Fußball aus Deutschland. Die Spieler aus Mönchengladbach reisten geschützt in einem Flugzeug der Deutschen Luftwaffe an. Auch damals litt Israel unter zahlreichen Anschlägen von Terroristen. Natürlich hatte unsere Nationalelf keine Chance gegen das großartige Team von Borussia Mönchengladbach, Israel verlor 0:6. Und trotzdem freute ich mich mit den anderen israelischen Zuschauern über das herausragende und aufregende Spiel.

42 Jahre später reiste ich nach Deutschland, im Frühjahr 2012, um mein Amt als Botschafter des Staates Israel anzutreten. Ich kam an einem Freitag an, und obwohl meine Koffer noch nicht ausgepackt waren, ging ich gleich am Samstag ins Olympiastadion zu einem Spiel von Hertha BSC. Mit Politik hat Fußball für mich heute zwar nichts mehr zu tun. Auch kann man heute alle Spieler der Topligen jederzeit in Farbe und live übertragen anschauen. Trotzdem ist Fußball für mich die beste Erholung, die ich mir vorstellen kann. Und immer wieder gibt es Spiele, die bei mir Gänsehaut verursachen, die einen noch lange danach denken lassen: ich bin dabei gewesen. Überzeugt bin ich, dass

Fußball die unterschiedlichsten Menschen zusammenbringen kann, im Stadion und auf dem Platz. Natürlich hat es eine Bedeutung, dass in der israelischen Nationalmannschaft jüdisch- und arabischstämmige Spieler ihren festen Platz haben.

Fünf Jahre war ich nun als Botschafter zu Gast in Deutschland. Fünf Jahre durfte ich das Land beobachten und manchmal dabei sein, wenn Entscheidendes geschah. Für Deutschland habe ich mich schon immer interessiert, nach meiner Begeisterung als Kind für Borussia Mönchengladbach wuchs auch mein Interesse an der deutschen Geschichte, bis heute lese ich regelmäßig Bücher von Historikern. 1985 kam ich nach Deutschland, um die Sprache zu lernen, im Jahr 2006 kehrte ich auf einer Dienstreise für das israelische Außenministerium zurück.

Bei jedem meiner Besuche hatte sich Deutschland verändert. Aber es steht außer Frage, dass die vergangenen fünf Jahre ein besonders intensiver Zeitraum im vereinten Deutschland waren.

Nach den Wahlen in den USA im Jahr 2016 hat der israelische Schriftsteller Amos Oz einen Brief an Kanzlerin Angela Merkel geschrieben. Die deutsche Bundeskanzlerin, so der Schriftsteller, sei für ihn nun die Anführerin der freien Welt. 70 Jahre nach Hitler, so Oz weiter, habe eine deutsche Frau diese Rolle inne. Auch wenn ich als Diplomat und Vertreter der israelischen Regierung vieles anders sehe als der Schriftsteller Amos Oz, so hat sein Brief doch ausgedrückt, was die meisten in der Welt und sogar auch in Israel denken. Sie sehen Deutschland in Europa wieder in einer leitenden Position. Das ist auch deshalb eine spannende Entwicklung, weil die deutsche Regierung diese exponierte Rolle offensichtlich gar nicht von sich aus angestrebt hat, sondern vielmehr auf die große Bühne gestoßen wurde.

Der „verantwortungsbewusste Erwachsene“, das ist eine Rolle, die Deutschland längst in Europa und vielleicht sogar in der ganzen Welt zugeschrieben wird. So weit konnte Deutschland einerseits nur kommen, weil es seiner eigenen Vergangenheit in die Augen geschaut und die richtigen Konsequenzen daraus gezogen hat. Andererseits gibt es laut Umfragen einen großen Wunsch unter den Deutschen, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu setzen. Doch so verständlich

es ist, den Ballast der Vergangenheit abwerfen zu wollen, so unmöglich ist es. Dabei geht es zuerst nicht um Israel, sondern um Deutschland selbst. Bis heute spielen Schuld und Verantwortung eine große Rolle, wenn es um den Umgang der Deutschen mit ihren eigenen Ansprüchen geht, aber auch um den Umgang mit den an sie gestellten Erwartungen in der Weltpolitik. Ohne Berücksichtigung der Vergangenheit lässt sich die neue deutsche Rolle nicht definieren.

Ich war erst seit einigen Monaten Botschafter in Deutschland, da veröffentlichte der Schriftsteller und das SPD-Mitglied Günter Grass sein unsägliches Gedicht „Was gesagt werden muss“. Es folgte eine scheinheilige Debatte über Beschneidung, die vor allem auf Kosten von Muslimen in Deutschland ging, aber auch Juden traf. Im Jahr 2014 hörten wir alle die „Juden-ins-Gas“-Rufe, mitten in Deutschland, gesungen vor allem von arabisch- und muslimisch-stämmigen Deutschen und Migrant*innen. Angeblich handelte es sich dabei um Proteste gegen die Gaza-Gefechte. Damals hatte die israelische Armee auf den anhaltenden Beschuss mit Raketen auf Zivilisten durch die Hamas mit einer militärischen Operation reagiert.

Nur wenige Monate später folgte ein anderes Extrem: der Beginn der „Spaziergänge“ sogenannter besorgter Bürger in Dresden, als die fremdenfeindliche Bewegung „Pegida“ im Oktober 2014 ihren Anfang nahm. In meinen Augen war das auch eine Gegenreaktion auf die steigende Präsenz von Islamisten auf deutschen Straßen.

All das hängt also zusammen und geschah noch vor dem Sommer 2015, den viele als größte Zäsur für Deutschland in der jüngsten Vergangenheit sehen: der Zustrom hunderttausender Flüchtlinge über die Balkanroute nach Deutschland, der als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wird und auch dafür steht, dass Deutschland eingeholt wurde von innermuslimischen Kriegen im Nahen Osten. Bis dahin, so schien es, war die Mehrheit der Deutschen noch damit beschäftigt, Angela Merkel zu mögen und den noch nachwirkenden Sieg der sympathischen und multikulturellen DFB-Nationalelf bei der Weltmeisterschaft im Jahr 2014 zu feiern. Inzwischen sehen viele Deutsche den Begriff „Multi-kulti“ vielleicht etwas nüchterner. Aber dass sich im Jahr 2016 ein Po-

litiker finden würde, der öffentlich den Abwehrspieler Jerome Boateng beleidigt, so wie der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland es tat, das war kaum vorherzusehen. Die AfD war zu diesem Zeitpunkt bereits in deutschen Parlamenten vertreten und damals sogar im Höhenflug der Umfragewerte.

Im Jahr 2015 haben wir auch das 50. Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland begangen. Nur zwei Jahre später, im Mai 2017, machte der Antrittsbesuch des deutschen Außenministers, Sigmar Gabriel, Schlagzeilen, weil ein Treffen mit dem israelischen Regierungschef Benjamin Netanyahu abgesagt wurde.

In den folgenden Kapiteln möchte ich beschreiben, wie ich aus meiner persönlichen und aus israelischer Perspektive beobachtet habe, wie sich Deutschland in den Jahren von 2012 bis 2017 verändert hat. Viele Beobachtungen habe ich in den letzten Wochen meiner Amtszeit rückblickend geschrieben. Andere Teile basieren auf Gastbeiträgen und Interviews, die in den vergangenen Jahren erschienen sind, darunter in der Welt, der Süddeutschen Zeitung, dem Tagesspiegel, der Berliner Zeitung, Bild, Bild am Sonntag, der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, Cicero und anderen Zeitungen. Für die gute Zusammenarbeit in all den Jahren möchte ich allen Redakteuren danken.

1. „Was gesagt werden muss“: Antisemitismus und Israel-Kritik

1985 besuchte ich erstmals Deutschland. Ich war mit meiner Frau und meinem damals erst wenige Wochen alten Sohn gekommen, um einen Deutschkurs in einem kleinen Ort in der Nähe von München zu absolvieren. Eines Nachmittags schoben wir unser Baby im Kinderwagen um einen See. Alle paar Meter schauten freundliche, ältere Damen in den Kinderwagen, sie betüdelten unseren Jungen. Als sie erfuhren, dass wir aus Israel stammen, erzählten sie fast alle die gleiche Geschichte: Sie selbst, ihre Eltern oder Verwandte hätten Juden vor den Nazis gerettet, wahlweise wurden sie im Keller oder auf dem Dachboden versteckt.

Nichts gegen diese Damen am See. Aber irgendwas stimmte da nicht. Hätte nur die Hälfte der Zahl der angeblich „geretteten Juden“ gestimmt, es wären zwischen 1933 und 1945 wohl kaum welche ermordet worden.

Es gibt viel Unausgesprochenes in Deutschland. Zwar habe ich in persönlichen Begegnungen bis heute so gut wie nie Antisemitismus erleben müssen. Am deutlichsten in Erinnerung blieb mir leider ausgerechnet eine Szene von einem Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora. Da ich außerhalb der Botschaft zu meinem Schutz von deutschen Polizisten begleitet werde, fuhren wir mit zwei Autos vor der Gedenkstätte vor. Einem Mann, offenbar ein Gartenarbeiter der gerade Grünzeug schnitt, passte das nicht, es gab einen Wortwechsel, den ich nicht richtig hören konnte – aber später wurde mir berichtet, dass der Mann gesagt habe: „Früher kamen die hier nicht in gepanzerten Limousinen an.“ Zwei Tage später rief mich sogar

Bodo Ramelow an, der Ministerpräsident Thüringens, um sich für den Vorfall zu entschuldigen.

Das war das Eindeutigste, was mir persönlich widerfahren ist, und ich muss fairerweise sagen: es war eine Ausnahme. Aber noch einmal: Ich spreche hier über persönliche Begegnungen als Botschafter. Antisemitismus ist heute dafür umso mehr als vermeintliche Kritik an Israel verbreitet. Hassbriefe, die Israel offen das Existenzrecht absprechen und mich persönlich diffamieren, kommen in der Botschaft in Berlin täglich und zahlreich an. Und vieles spricht dafür, dass ihre Absender nicht nur einer Randgruppe angehören. Laut der Studie „Gesplante Mitte – Feindselige Zustände“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2017 stimmen in Deutschland 40 Prozent der Befragten diesem Satz ganz oder teilweise zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“

40 Prozent! Diese Zahl hat uns schockiert, schließlich ist die Gleichsetzung von der Politik der israelischen Regierung mit Juden im Allgemeinen purer Antisemitismus. Diese Aussage erinnert mich an den Fall der Jugendlichen, die während der Gaza-Gefechte 2014 Brandsätze auf eine Synagoge in Wuppertal warfen. Das Gericht akzeptierte in seinem Urteil einen haarsträubenden Einwand der Anwälte der Brandstifter: Das Motiv der Jugendlichen palästinensischer Herkunft, einen Brandsatz auf eine Synagoge zu werfen, sei nicht Antisemitismus gewesen, sondern viel mehr Protest gegen Israels Politik, genauer gegen die Gefechte in Gaza. Natürlich wurden die Täter dennoch verurteilt. Aber Forderung seitens der Ankläger, den Versuch eine Synagoge anzuzünden als Hasskriminalität einzustufen, wurde abgelehnt. Verletzt wurde bei dem Brandanschlag durch Glück niemand. Aber die Begründung im Urteil ließ mich verwirrt zurück. Ein Angriff auf eine Synagoge, das soll Ausdruck von Kritik an Israel sein und nicht von Hass auf Juden? Judentum und Israel, das ist das Gleiche? Was haben Juden in Deutschland mit der Regierung in Jerusalem zu tun oder überhaupt mit dem Nahost-Konflikt? Würde es genauso beurteilt, wenn jemand einen Hindu-Tempel anzündet um vorgeblich gegen Indiens Regierung zu protestieren? Oder gar eine Moschee um eine muslimische Regierung zu kritisieren?

Ich bitte um Entschuldigung für meinen Sarkasmus. Aber ich dachte, Staat und Religion seien in Deutschland schon lange getrennt.

Im Frühjahr 2017 ermittelte das Magazin „Stern“ per Umfrage, dass 71 Prozent der Deutschen meinen, dass man Israel kritisieren dürfe, trotz des „besonderen Verhältnisses“. Ich sehe hier ein Problem, aber das ist nicht das Ergebnis dieser Erhebung, sondern die Frage selbst. Jeder darf Israel kritisieren. So, wie es auch kein Rassismus ist, die Regierungen anderer Länder zu kritisieren. Dass es aber in Deutschland mit „Israelkritik“ einen vermeintlichen Fachbegriff dafür gibt, mir aber so etwas wie „Schwedenkritik“ oder ähnliches dagegen nicht bekannt ist, das lässt einen gefährlichen Doppelstandard erahnen. Wer behauptet, in Deutschland dürfe man Israel nicht kritisieren, konstruiert ein Pseudo-Tabu oder hat in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich gar keine Zeitung gelesen.

Wie diese sogenannte „Israel-Kritik“ aussehen kann, das musste ich erfahren, als ich gerade mal einige Monate im Amt war. Damals, im April 2012, veröffentlichte Günter Grass sein Gedicht „Was gesagt werden muss“. Der Inhalt ist bekannt und ich habe wenig Lust, ihn hier zu wiederholen. Nur kurz zur Erinnerung: Grass schrieb, Israel gefährde den „ohnehin brüchigen Weltfrieden“ und plane einen „Erstschlag“, der das iranische Volk „auslöschen“ könne. Den Holocaust-Leugner und damaligen Präsidenten des Iran, Mahmud Ahmadinedschad, verharmloste Grass als „Maulhelden.“ Und so ging es weiter.

Dieses „Gedicht“, das erklärte warum Israel unser aller Unglück sei, erschien in der „Süddeutschen Zeitung“. Matthias Döpfner, Vorsitzender der Axel Springer SE, brachte in einem Kommentar auf den Punkt, was ich dachte:

„Dass nun ausgerechnet ein deutscher Schriftsteller den Israelis erklärt, dass der Maulheld harmlos ist und die einzige echte Demokratie im Nahen Osten den Weltfrieden gefährdet, ist inakzeptabel. „Warum aber schwieg ich bislang?“, schreibt Grass. Man möchte zurückfragen: Warum schwieg er 60 Jahre lang zu seiner Mitgliedschaft in der Waffen-SS? „Gealtert und mit letzter Tinte“ (Grass über Grass) verbreitet er im raunenden Ton des Moralisten nur eines: politisch korrekten Antisemitismus. Er versucht, die Schuld der Deutschen zu relativieren,

indem er die Juden zu Tätern macht. Beim „Häuten der Zwiebel“, wie Günter Grass seine Autobiografie genannt hat, ist er jetzt ganz innen angekommen. Und der Kern der Zwiebel ist braun und riecht übel. Interessant ist ab jetzt nicht mehr, was Grass gesagt hat, sondern nur noch, wie die Deutschen darauf reagieren.“ („Bild“, 5.04.2012)

Ja, es gab in Deutschland viele kritische Stimmen gegen Grass. Aber auch gar nicht so wenige laute und leise Unterstützer. Vor allem ist mir in Erinnerung geblieben, wie ich damals mit hochrangigen SPD-Politikern über den Vorfall sprach. Günter Grass war SPD-Mitglied und immer wieder im Wahlkampf aktiv für die Sozialdemokraten. Damals traf ich mehrere hochrangige SPD-Politiker. Einer ließ mir gegenüber im Vier-Augen-Gespräch kein gutes Haar an Grass. Vielmehr erklärte er mir präzise, warum von ihm nichts, aber auch wirklich gar nichts, zu halten sei.

Weniger später aber, bei einer Feier zu Ehren von Günter Grass irgendwo in Deutschland, sprach eben auch dieser Vertreter der SPD. Diesmal aber, in der Öffentlichkeit, lobte er Leben und Werk dieses Mannes. In unserem Vier-Augen-Gespräch klang das noch ganz anders. Ich kann mir dieses Verhalten nicht anders erklären als mit der Popularität, die Günter Grass bis zuletzt trotz allem in der Bevölkerung genossen hat. Dieser Mann, der jahrzehntelang die Deutschen über den Umgang mit ihrer Nazi-Vergangenheit belehrt hat und Gewissensreden hielt, hatte seine Mitgliedschaft als Jugendlicher in der Waffen SS verschwiegen. In jeder anderen aufgeklärten Gesellschaft, in jedem anderen Land hätte dieser Mann endgültig seinen Ruf verspielt. Hinzu kam, dass Günter Grass beschmutzt hat, was Deutschland die heutige Anerkennung in der Welt eingebracht hat: Der eigenen Vergangenheit in die Augen zu schauen und daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Dieses „Gedicht“ von Günter Grass wirkt heute, nur fünf Jahre später, wie aus einer anderen Zeit. Die politischen Debatten sind andere geworden und die konkreten Bedrohungen sind es auch. Dennoch, was Grass damals schrieb, definiert bis heute den verlogenen Begriff der „Israelkritik“: Das erfundene Tabu, man dürfe Israel nicht kri-

tisieren – und der Wunsch, zu zeigen, dass die Juden keine besseren Menschen sind als die Deutschen oder andere Menschen auf der Welt.

Es gibt viele Beispiele für einen anderen Umgang mit der Vergangenheit. Der SPD-Politiker und Kanzler Helmut Schmidt etwa hatte der deutschen Öffentlichkeit lange nichts von den jüdischen Wurzeln seines Vaters erzählt. Bis in die 80er-Jahre, so sagte es der Altkanzler jedenfalls Jahrzehnte später in einer Fernseh-Dokumentation, hatte er nur mit seiner Frau Loki Schmidt über seine Wurzeln gesprochen. Die Nazis hätten Schmidt als Juden eingestuft, aber gemeinsam mit Unterstützern gelang es ihm durch Urkundenfälschung und weitere Hilfe, einen Ariernachweis zu bekommen.

Als Helmut Schmidt als Bundeskanzler regierte (1974 - 1982), waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel oft angespannt. In Israel war seit 1977 Menachem Begin im Amt des Regierungschefs. In der Zeit seines Amtsantrittes reiste Helmut Schmidt nach Saudi-Arabien und kritisierte von Riad aus Israels Siedlungspolitik. Bereits zuvor hatte Schmidt häufiger versucht, den Israelis zu erklären, was sie zu tun hätten.

Der Holocaust-Überlebende Menachem Begin wurde in einer israelischen Zeitung mit einer Klarstellung zitiert – er werde sich von einem Deutschen, der zudem Mitglied der Wehrmacht war, keine Ratschläge geben lassen. Begin bezeichnete darüber hinaus Schmidt als „loyalen Offizier“ Hitlers. Zum Interview wurde ein Foto gedruckt: Schmidt in Wehrmachts-Uniform.

Dieses Foto von Helmut Schmidt in Wehrmachts-Uniform war der Öffentlichkeit allerdings längst bekannt gewesen, viel wichtiger noch: Schmidt selbst hatte es nie geheim gehalten. Es war also keine Enthüllung einer versteckten Vergangenheit.

Viel später, im Jahr 2014, habe ich Helmut Schmidt in seinem Berliner Büro getroffen, wir sprachen auch über den Vorfall mit Menachem Begin. Schmidt zeigte sich empathisch gegenüber Begin und seinem Leben. Ich glaube, wenn der damalige israelische Regierungschef von Schmidts jüdischen Wurzeln gewusst hätte, er hätte zwar trotzdem politische Ratschläge von ihm zurückgewiesen, aber manches hätte er

wohl nicht gesagt oder behauptet. Es ist schade, dass die beiden Regierungschefs nie wirklich privat und unter vier Augen miteinander gesprochen haben.

Schmidt in Wehrmachts-Uniform: dieses Foto ist für den deutschen Diskurs noch immer bedeutend. Erst im Frühjahr 2017 machte es wieder Schlagzeilen, fast zwei Jahre nach der Beerdigung des Altkanzlers. In der aufbrandenden Debatte über Probleme mit Rechtsextremismus in der Bundeswehr ordnete die Leitung der nach Helmut Schmidt benannten Universität in Hamburg an, ein Foto des jungen Helmut Schmidt als Wehrmachtsoffizier abzuhängen. Diese Maßnahme habe ich nicht verstanden. Natürlich dürfen Soldaten gerade der Bundeswehr keine Wehrmachts-Devotionalien besitzen. Aber wenn es um dieses Bild von Helmut Schmidt geht, ist es mir deutlich lieber, wenn die Vergangenheit in Deutschland sichtbar ist, als wenn sie verschwiegen, versteckt oder abgehängt wird.

Oft werde ich von Leuten in Israel gefragt, die noch nie in Deutschland waren: Haben die Deutschen schon alles unter den Teppich gekehrt oder haben sie noch etwas von der Nazi-Vergangenheit und der jüdischen Geschichte übrig gelassen? Ich sage dann immer etwas scherzhaft: In Deutschland kann niemand, auch ein Blinder nicht, die Vergangenheit übersehen. Wer in Berlin oder in Köln oder Frankfurt beim Laufen auf der Straße mit dem Fuß irgendwo hängenbleibt, dann kann es gut sein, dass es ein Stolperstein ist, über den man stolpert, der an die Deportationen und Morde erinnert.

1.1 Wann ist Kritik kein Judenhass?

In einem Gastbeitrag für die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ habe ich im November 2016 beschrieben, was alleine im Bundesland Niedersachsen innerhalb nur weniger Wochen an antisemitischen Vorfällen geschehen ist. Es war ein Beitrag, auf den es viele Reaktionen gab. Hier ist der Text:

Sie waren zufrieden mit dem Ergebnis und schickten Glückwünsche nach Delmenhorst. Aktivisten einer sogenannten „religiös-politischen“ Organisation hatten im November in der örtlichen Fußgängerzone einen Tisch aufgebaut, um eine Abstimmung über die Zukunft des jüdischen Staates abzuhalten. Um es einfacher zu machen, nahmen sie das Ergebnis vorweg: „Israel ist illegal“, dieser Slogan stand gut lesbar auf dem Stand. Schließlich stimmte die Mehrheit dafür, dass der Staat Israel verboten werden müsse, wie später im Internet zu lesen war. 28 Bürger gaben demnach ihre Stimme dafür, dass Israel beseitigt werden müsse. Immerhin 21 Bürger stimmten, dass Israel bleiben dürfe.

In einer Fußgängerzone mitten in Deutschland war also Folgendes geschehen: Einem legitimen und demokratischen Staat wurde das Existenzrecht abgesprochen - und nicht wenige Leute machten mit.

Nur kurz die wichtigsten Fakten: Der Staat Israel wurde 1948 auf Beschluss der Vereinten Nationen gegründet, Juden hatten in diesem Gebiet schon immer gelebt und seit mehr als 2000 Jahren ging es in ihren Gebeten um eine Rückkehr nach Jerusalem. Aber anstatt damals die Teilung des Gebietes und damit auch einen Staat Palästina zu akzeptieren, griffen die arabischen Nachbarstaaten Israel immer wieder an. Mit dem erklärten Ziel, Israel auszulöschen. Und so wünschen es sich wohl auch diejenigen, die Israel in ihrer Umfrage als „illegal“ bezeichnen.

Was ist nur los in Niedersachsen? Delmenhorst ist leider kein Einzelfall. An der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Hildesheim lief jahrelang ein Seminar mit antisemitischer und antiisraelischer Propaganda. Die Hochschulleitung bezeichnete das als Freiheit der Wissenschaft. Es brauchte erst zwei Gutachten um klarzustellen, dass antisemitische Hetze nichts mit Wissenschaft zu tun hat. Und an der Universität in Göttingen sollte kürzlich eine Ausstellung zu Flucht und Vertreibung der Palästinenser im Jahr 1948 stattfinden. Eine Ausstellung, die schlicht auf falscher Geschichtsschreibung basiert. Proteste von Studierenden vermochten die Ausstellung zumindest zu verschieben.

Schauen wir uns weiter in Niedersachsen um. In Oldenburg hetzte ein Lehrer gegen Israel, und zwar ganz offiziell; in einem Magazin der Gewerkschaft GEW. Dieser Lehrer verbreitete öffentlich auch den Vorschlag, Israel nach Baden-Württemberg zu verlegen. Aber das ist noch nicht alles. Ebenfalls in Oldenburg wollten die Organisatoren einer Gedenkveranstaltung an die Novemberpogrome 1938 den Teilnehmern untersagen, Flaggen mit Davidstern mitzubringen. Laut Medienberichten befürchteten die Organisatoren eine „aufgeheizte Stimmung“ aufgrund der Aktivitäten der Anti-Israel-Kampagne „BDS“, die übrigens ebenfalls Israel das Existenzrecht abspricht, auch wenn das längst nicht alle Unterstützer verstehen.

Noch mal langsam, zum Mitschreiben: Bei einer Veranstaltung zum Gedenken an die Pogrome, mit denen 1938 die Entrechtung und Ermordung von sechs Millionen Juden ihren Lauf nahm, sollten laut Veranstalter keine Flaggen mit Davidstern mitgebracht werden. Das könnte schließlich sogenannte „Israelkritiker“ provozieren und das Gedenken stören.

Wenn ich solche verqueren Argumente höre, mache ich mir Sorgen. Gewiss, nicht immer ist die Lage so eindeutig wie bei der jener „Abstimmung“ in der Fußgängerzone in Delmenhorst, wo offen gegen das Existenzrecht des jüdischen Staats gehetzt wird. Und doch passen die hier geschilderten Ereignisse in Niedersachsen nur allzu gut zur aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesplante Mitte – Feindselige Zustände“, die belegt, dass Antisemitismus in Deutschland

inzwischen vor allem unter dem Deckmantel der Israelkritik verbreitet ist. So stimmten laut Umfrage erschreckende 40 Prozent der Befragten diesem Satz ganz oder teilweise zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ Das entlarvt, worum es hier geht: nicht um Kritik an der Politik Israels.

Denn Kritik an der Politik aus Jerusalem ist in Deutschland an der Tagesordnung und auch in Israel selbst. Mit „Israelkritik“ gibt es in Deutschland dafür sogar einen eigenen Fachbegriff. Mir ist übrigens kein anderes Land bekannt, für das es ein solches Wort gibt. Aber das hier ist eine andere Dimension. Israel wird als Vorwand genutzt, gegen Juden zu sein. Und zwar, weil es Juden sind.

Oder spreche ich hier etwa gegen Meinungsfreiheit? Wenn demnächst eine Initiative in der Fußgängerzone darüber abstimmen lässt, ob Deutschland wieder eine Diktatur werden soll – und das allgemein als Ausdruck der Meinungsfreiheit akzeptiert wird, dann will ich aufhören, mich zu beklagen. Oder stellen wir uns vor, demnächst stimmen Deutsche darüber ab, ob Muslime in Deutschland leben dürfen. Oder ob Polen ein Existenzrecht hat. Wenn all das unter Meinungsfreiheit fällt, dann beschwere ich mich nicht mehr.

Aber reden wir nicht nur über Israel. Niedersachsen hat ein viel größeres Problem, und das geht alle etwas an. Antisemitismus existiert nie alleine, dahinter steht immer die Ausgrenzung von Minderheiten. Juden sind oft die ersten, aber nie die letzten.

Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Stephan Weil, hat selbst gezeigt, welche Haltung hier gefragt ist. Im Frühling traf er auf einer Delegationsreise in Teheran den ehemaligen iranischen Präsidenten, Ali Akbar Rafsanjani. Rafsanjani äußerte antisemitische Ansichten. Ministerpräsident Stephan Weil widersprach. Er ließ die Lügen nicht gelten, sondern stellte sie richtig. Das Gespräch endete dann schneller als geplant. So etwas muss man aushalten.

Es ist nicht überraschend, wenn das Regime in Teheran solche Töne anschlägt. Aus Niedersachsen müssen uns solche Stimmen aber überraschen. In Deutschland ist es auch aufgrund der Geschichte eine noch viel größere Schande, wenn Antisemitismus und Fremdenfeind-

lichkeit mitten in der Fußgängerzone zelebriert werden. Es ist wichtig, dass die Freunde Israels bereits protestieren. Aber gefragt sind alle Bürger Niedersachsens, dagegen aufzustehen. Am Ende geht es um die Freiheit der gesamten Gesellschaft.

Die Reaktionen auf diesen Gastbeitrag waren divers. Aber ich bleibe dabei: Antisemitismus ist überall auf dem Vormarsch. Nur, dass es angeblich nur „Israelkritiker“ sind. Nun werden Sie als Leser sagen: „Aber es gibt doch auch jede Menge zu kritisieren an der israelischen Politik!“ Da möchte ich nicht widersprechen.

Um zwischen Kritik und Diffamierung zu unterscheiden, hilft der von Natan Scharanski entwickelte „3D-Test“ auch in heutigen Zeiten zuverlässig: Enthält vermeintliche Kritik nämlich Dämonisierung, Doppelstandards oder Delegitimierung, sollten gerade die Deutschen sensibel genug sein, Antisemitismus zu erkennen. Der große Unterschied zu früher ist, dass Juden, wenn sie sich in einem Land nicht mehr wohl fühlen, immer ihre Koffer packen können um nach Israel zu reisen, dort werden sie immer willkommen sein. Aber wenn es hier keine Juden mehr gibt, dann werden die Antisemiten andere Minderheiten ausgrenzen.

In Deutschland ist die Vergangenheit immer gegenwärtig. Es ist die Verantwortung aller Deutschen, Einspruch zu erheben, wenn für den jüdischen Staat offenkundig andere Maßstäbe gelten als für den Rest der Welt. Auch wenn jemand betont, er kritisiere ja nur die israelische Regierung, dann sollte man sich das genauer anschauen. Vielleicht hat diese Person ja immer schon alle israelischen Regierung kritisiert, und zwar deshalb, weil sie israelisch sind. Darauf zu achten liegt im eigenen Interesse der Deutschen, denn nur so können sie ihren erfolgreichen Weg fortsetzen. Früher war Deutschland ein Synonym für Militarismus. Heute steht es für Demokratie, Vielfalt, Toleranz, kurz: Freiheit.

1.2 Antisemitismus bringen nicht nur Flüchtlinge mit

Es fiel mir nicht sofort auf, aber etwas war anders. Im Frühjahr 2017 besuchte ich Freunde in den USA und lief durch den jüdischen Teil von Cambridge bei Boston. Vorbei an Synagogen, Delis mit Davidstern, Männern mit Kippa und an der koscheren Filiale einer bekannten Doughnut-Kette.

Dann merkte ich es. Nirgends standen Wachposten. Ich sah auch keine Sicherheitszäune. Was hier, in den USA wie auch in Israel, selbstverständlich ist, wäre in Deutschland undenkbar: öffentliches jüdisches Leben, völlig ungeschützt.

Als „Geschenk“ hat es Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet, dass es 70 Jahre nach der Shoa wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt. Sie hat mehrfach versichert, alles für die Sicherheit der Juden zu tun; dass für Antisemitismus kein Platz sei. Dass dies nötig ist, sei trotzdem eine Schande, sagte Merkel. Und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte im Sommer 2017 zur 100-Jahr-Feier der Augsburger Synagoge: „Nur, wenn Juden in Deutschland vollkommen zu Hause sind, ist diese Bundesrepublik vollkommen bei sich.“

Viele behaupten nun, es seien größtenteils Einwanderer aus muslimischen Ländern, die Antisemitismus mitbringen. Ein Vorwurf, der für manche allzu willkommener Anlass ist, gegen Flüchtlinge zu hetzen. Dabei erinnere ich mich an viele Fälle von Antisemitismus in Deutschland, lange vor Ankunft der Flüchtlinge. Für „Cicero“ habe ich Anfang des Jahres 2016 beschrieben, warum es gefährlich ist, wenn man in Deutschland den Judenhass den Flüchtlingen und Einwanderern zuschiebt.

Damals war ein 49-jähriger Geschäftsmann aus Frankreich am Fähranleger in Puttgarden überfallen worden, er trug Kippa. Die Angreifer, das teilte die Polizei später mit, waren zwei junge Männer, die erst kurz zuvor als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen waren. Sie beschimpften den Geschäftsmann auf Arabisch. Sie riefen „Jude“, schubsten ihn zu Boden, traten auf seine Hand und raubten ihm Telefon und Geldbörse. Er wurde Opfer, weil er Jude ist.

Würde die Geschichte an dieser Stelle enden, es wäre leicht zu sagen: Nicht Deutsche, sondern Flüchtlinge sind eine Gefahr für Juden. Schließlich stammten die Angreifer aus dem Nahen Osten.

Fast zur gleichen Zeit ereignete sich eine weitere Geschichte: In Dresden wurden im Januar zwei Israelis angegriffen und als „Scheiß Araber“ beschimpft. Diesmal waren die Täter deutsche Männer, sehr wahrscheinlich Rechtsradikale. Sie hatten die beiden jungen Israelis, die in Dresden Medizin studierten und sich auf Arabisch unterhielten, für Flüchtlinge gehalten. Wie groß der Hass einiger Deutscher auf Flüchtlinge ist, das haben wir immer wieder beobachten müssen. Denken Sie an die Bilder der Schande aus Clausnitz oder Bautzen, aber auch anderswo.

Und noch ein ganz anderer Fall: Ebenfalls in dieser Zeit hatte die ARD-Fernsehjournalistin Tamara Anthony in einem Kommentar berichtet, was ihr in einer Kneipe im schicken Pöseldorf in Hamburg zugestoßen war. Ein Mann im feinen Anzug hatte mitten im Lokal gerufen: „Juden ins Gas!“. Als die Journalistin sagte, sie sei Jüdin und den Mann fragte, ob er auch sie töten wolle, sagte der Mann ihr ins Gesicht: „In diesem Fall: ja.“ Es dauerte, bis die Journalistin unter den weiteren Kneipenbesuchern endlich Unterstützung fand. Das lag auch daran, dass dieser unsägliche Mann nicht Springerstiefel und Glatze trug, sondern gut angezogen war, er also aussah wie ein kultivierter Mensch.

Es sind drei unterschiedliche Fälle. Sie bedeuten für mich, erstens: Für das Opfer ist es zunächst egal, wer der Angreifer ist. Ob Deutscher, ob Flüchtling, ob erkennbarer Neonazi oder Mann im feinen Anzug. Zweitens: Hinter allen drei Fällen steckt das gleiche Motiv. Ob der französische Geschäftsmann in Puttgarden, die arabischen Israelis in

Dresden oder die jüdische Journalistin in Hamburg – sie alle wurden Opfer von Hass gegen Minderheiten. Antisemitismus ist immer ein Teil dieses Phänomens. Und Fremdenhass ist, überall wo er auftaucht, immer auch ein Problem der gesamten Gesellschaft.

Ich erinnere mich jedenfalls gut an viele beschämende Fälle von Antisemitismus, die sich in Deutschland vor der Ankunft der Flüchtlinge ereigneten. Und wenn Unbekannte – vermeintlich als Protestaktion! – Flüchtlingsheime anzünden, dann mag sich diese Aggression vielleicht zuerst nicht gegen Juden richten. Aber die Täter stellen allzu gerne einen symbolischen Bezug zu dem her, was in Deutschland ab 1933 geschehen war.

Mit großer Skepsis beobachte ich daher auch, dass einige Menschen, die auf der Straße offen gegen Flüchtlinge protestieren, plötzlich israelische Flaggen schwenken. Ausländerfeindliche Menschen sprechen von „uns Juden und Christen“ und bezeichnen den Islam als gemeinsamen Feind. Das ist Unsinn. Erinnern wir uns daran, wie die israelischen Studenten in Dresden angegriffen wurden, nur weil sie Arabisch sprachen.

1.3 „Kauft nicht bei Juden“

Die Boykottbewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) findet neue Unterstützer, auch in Deutschland. Auch sie ist ein Fall von vermeintlicher Israelkritik. Vordergründig stellt sie sich als „Menschenrechtsbewegung“ dar, die einen Boykott von Produkten aus israelischen Siedlungen durchsetzen will, damit die israelische Regierung unter Druck gerät und die Besetzung beendet. In Wahrheit richtet sie sich grundsätzlich gegen den jüdisch-demokratischen Charakter Israels, also gegen die Existenz unseres Staates, deshalb ist sie antisemitisch. Warum, das werde ich hier erklären, das ist nämlich keine Interpretation oder Zuspitzung. Ein genauer Blick auf die offiziellen Internetseiten reicht aus, um es zu verstehen.

Die Boykotteure wollen sämtlichen Austausch mit Israelis und sämtliche Waren boykottieren – es geht sogar so weit, dass sie fordern, Wissenschaftler an Hochschulen auszuladen, nur weil sie Israelis sind. Darüber hinaus fordert die Organisation ein „Rückkehrrecht“ aller Nachfahren der bei der Staatsgründung Israels 1948 aus dem heutigen Staatsgebiet geflohenen und vertriebenen Palästinenser. Abgesehen davon, dass es einen vererbbaeren Flüchtlingsstatus weltweit nur für die Palästinenser gibt und dass ihre Flucht damals direkt damit zusammenhing, dass die arabischen Nachbarländer zwar einen Krieg gegen Israel angefangen, aber verloren hatten – abgesehen davon würde eine Rückkehr von Millionen von Palästinensern nach Israel die jüdisch-demokratische Natur des Staates faktisch abschaffen. Das ist die offizielle Zielsetzung von BDS und sie hat nichts damit zu tun, die Besetzung zu beenden oder eine Zwei-Staaten-Lösung zu erreichen.

Ich erinnere mich gut, wie Aktivisten von BDS vor einem Berliner Geschäft der Kosmetikfirma Ahava standen, die aus dem Toten Meer gewonnene Produkte verkauft, und zum Boykott aufriefen. Wie die Geschichte es will, gibt es genau von diesem Geschäft auch alte Bildaufnahmen, darauf sind Nazis und ihre Sympathisanten zu sehen, sie tragen Schilder mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden“. Leider sind sich die Bilder ziemlich ähnlich; die einen schwarz-weiß, die anderen in Farbe.

Ich glaube, dass nicht wenige Unterstützer der Boykottbewegung leichtgläubig folgen und die wahren Absichten hinter ihren wohlklingenden Bekenntnissen gar nicht erkennen. Oft stehen ihre Aktivisten in Wahrheit auch nicht demokratischen Prinzipien nahe, sondern totalitären und islamistischen Organisationen. Das lässt sich über Äußerungen und Aktivitäten in Sozialen Medien nachweisen.

Nicht selten schaffen es Boykott-Aktivisten, Auftritte auf öffentlichen, das heißt vom deutschen Steuerzahler mitfinanzierten Bühnen zu organisieren. Die Deutschen sollten sich fragen, ob sie das zulassen wollen. Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, aber daraus darf nicht die Freiheit zur Hetze werden.

Erst im Sommer 2017 stürmte eine Gruppe von BDS-Aktivisten eine Vorlesung an der Humboldt-Universität. Dort sprachen die Holocaust-Überlebende Deborah Weinstein und die Knesset-Abgeordnete Aliza Lavie in einem Seminar. Drei Vertreter von BDS störten die Veranstaltung. Erst gaben Deborah Weinstein und Aliza Lavie ihnen die Möglichkeit, ihre Kritik zu äußern. Aber die BDS-Aktivisten beschimpften die Vortragenden, es kam laut Medienberichten auch zu Handgreiflichkeiten, am Ende wurde der Wachschutz der Universität gerufen. Die Präsidentin der Universität verurteilte die Übergriffe.

Im gleichen Sommer geriet die BDS-Abteilung aus dem Libanon in internationale Schlagzeilen: sie forderten das Verbot der Ausstrahlung des Hollywood-Blockbusters „Wonder Woman“, weil die Hauptrolle in dem Film von der Israelin Gal Gadot gespielt wird. Die Regierung in Beirut erfüllte den Wunsch. Aber warum? Die Schauspielerinnen Gal

Gadot hatte zwar ihre ihre Pflicht in der israelischen Armee erfüllt und Solidarität mit ihren Kameraden bekundet. Mit Produkten aus Siedlungen hat sie allerdings nichts zu tun. Das zeigt einmal mehr das wahre, hässliche Gesicht der BDS-Bewegung.

Manchmal werde ich gefragt, warum wir wollen, dass BDS-Veranstaltungen in öffentlichen Orten nicht stattfinden – schließlich sei es besser, wenn die Öffentlichkeit sich mit ihren Positionen auseinandersetze. Das ist grundsätzlich richtig, aber wenn jemand offen Sympathien für die Terrororganisation Hamas bekundet, deren erklärtes Ziel die Auslöschung Israels ist, dann muss Schluss sein. Juden sollen nie wieder Opfer sein von Diffamierungen auf staatlich finanzierten Bühnen in Deutschland. Natürlich haben solche Vorfälle in Deutschland eine besondere Bedeutung. Wenn ein Rabbi in Kopenhagen angegriffen wird, steht es in der lokalen Presse. Wenn ein Rabbi in Deutschland angegriffen wird, steht das auch in der New York Times. Warum das so ist, brauche ich kaum zu erklären.

Es ist meine Aufgabe als Botschafter, in solchen Fällen öffentlicher Auftritte das Gespräch mit Regierungsvertretern und Verantwortlichen zu suchen, jedenfalls dann, wenn es nötig erscheint. Dazu muss ich sagen: Ich wurde stets empfangen und man hat mir zugehört.

Einen kurzen Erfolg konnte die antisemitische Boykottbewegung im November 2015 feiern, als die Feinkostabteilung des traditionsreichen Berliner Kaufhaus des Westens (KaDeWe) plötzlich israelische Weine aus dem Sortiment nahm, darunter Sorten aus dem Westjordanland, dem Osten Jerusalems sowie von den Golanhöhen. Ein bekanntes deutsches Medium hatte vergessen, dass es ein Unterschied ist, ob man über Neuigkeiten berichtet oder als Journalist diese Neuigkeiten selbst schafft, um darüber zu berichten. Jedenfalls wurde die Kaufhausleitung unter Druck gesetzt – und sie glaubte für einen Moment, es sei die richtige Lösung, die Weine vorerst ganz aus den Regalen zu nehmen.

Was war geschehen? Im Kern ging es um eine neue Richtlinie der EU, die damals in Kraft getreten war und die für Verwirrung und Unklarheit sorgte. Produkte, die in Ost-Jerusalem, dem Westjordanland

und den Golan-Höhen hergestellt wurden, sollen künftig mit dem Warnhinweis „Made in Israeli Settlements“ gekennzeichnet werden. Diese Kennzeichnung ist allerdings eine Aufgabe für den Vertrieb in Israel und nicht für die Einzelhändler. Wie sich schnell herausstellte, hatte ein Reporter die KaDeWe-Leitung unter Angaben falscher Tatsachen unter Druck gesetzt. Es war für das Berliner Kaufhaus nämlich schlicht nicht notwendig gewesen, die Weine zu kennzeichnen, wenige Stunden später standen sie dann auch wieder im Regal. Die Kaufhausleitung bedauerte den Vorfall. Zuvor hatte sich Israels Premierminister Benjamin Netanyahu aus Jerusalem zu dem Vorfall zu Wort gemeldet. Auch, weil das KaDeWe eine besondere Geschichte hat: Von jüdischen Kaufleuten gegründet, wurde es es erst von den Nazis boykottiert und dann enteignet. Als die Weine wieder in den Regalen der Feinkostabteilung standen, erklärte auch die Bundesregierung, dass es nicht Ziel der neuen Empfehlung der EU zur Kennzeichnung sein dürfe, dass israelische Produkte aus den Regalen verschwinden. Ähnliche Verwirrungen gab es auch in einer Münchner Filiale von Kaufhof. Übrigens sind an beiden Unternehmen, Kaufhof und KaDeWe, wieder jüdische Geschäftsleute beteiligt. Auch sie haben klargemacht, dass in ihren Geschäften für Boykotte kein Platz ist.

Es hat einen Grund, dass die EU-Richtlinie den Mitgliedstaaten bis runter zu Vertretern des Einzelhandels solche folgenschwere Unklarheit brachte: Das passiert, wenn ein politisches Projekt von Beginn an nicht ehrlich gedacht und kommuniziert wird.

Laut EU sollte die Kennzeichnung von Produkten dem Schutz und der Information der Verbraucher dienen. Doch in Wahrheit war es eine politische Entscheidung gegen Israel. Wäre es wirklich um Informationen für den Verbraucher gegangen, die seit dem Jahr 2005 geltende Olmert-Mendelsohn-Vereinbarung hätte ausgereicht. Ich kenne mich mit dieser Regelung aus, ich war dabei, als sie unterschrieben wurde. Diese Richtlinie schließt Produkte aus den Gebieten jenseits der Grenzen von 1967 von den Vorteilen der Abkommen zwischen Israel und der EU aus und schreibt eine genaue Angabe der Herkunft auf dem Produkt vor.

Ein weiterer Aspekt: Nach dem Prinzip der Gleichbehandlung müssten zudem Produkte aus weltweit rund 200 umstrittenen Gebieten per EU-Richtlinie gekennzeichnet werden. Daran wird deutlich, wie diskriminierend diese Richtlinie bereits in der Planung war: Für Israel sollen andere Regeln gelten als für den Rest der Welt.

Leider hat mich das kaum überrascht. Bevor ich als Botschafter nach Deutschland gerufen wurde, habe ich Israel in Brüssel vertreten. Ich erinnere mich noch gut. Damals, im Jahr 2012, war ein Belgier namens Karel De Gucht im Amt des EU-Handelskommissars. Man darf sagen, dass De Gucht kein großer Unterstützer Israels ist, in Interviews hatte er vor dem Einfluss der „jüdischen Lobby“ in den USA und weltweit gewarnt, das Simon-Wiesenthal-Center setzte ihn sogar mal auf die Liste der „schlimmsten antisemitischen/antiisraelischen Verunglimpfungen“.

Aber mir geht es hier um einen ganz anderen Punkt: während meiner Zeit in Brüssel erlebte ich, dass viele Abgeordnete im EU-Parlament Briefe an diesen Handelskommissar schrieben und darin behaupteten, dass Israel gegen die Olmert-Mendelsohn-Vereinbarung verstoße. Ich habe diese Briefe gesehen. Aber sogar De Gucht, der nun offenkundig kein großer Freund Israels ist, musste auf diese Briefe antworten, das es keine Hinweise auf Verstöße seitens Israel gegen die bestehenden Regelungen gebe.

Es ist kein Geheimnis, dass die EU-Kennzeichnungspflicht die Beziehungen zwischen Israel und der EU belastet haben. Das liegt übrigens weniger an der kritischen Haltung zur Siedlungspolitik. Offene Kritik, daran ist Israel gewöhnt und sie ist in einem gewissen Rahmen auch legitim.

Nein, wenn die EU Politik gegen den Siedlungsbau machen will, ist das eine Sache. Wenn sie dies aber nicht offen ausspricht, sondern um die Ecke herum so eine Verordnung erlässt, dann kommt das in Israel nicht gut an. Wie soll man jemandem glauben, der seine wahren Absichten verschweigt?

1.4 Zur Frage des Siedlungsbaues

In Interviews wurde mir immer wieder die Frage gestellt, ob der Siedlungsbau im Westjordanland das größte Hindernis für einen Frieden in Nahost sei. Natürlich sind die Siedlungen ein strittiger Punkt, sie werden in Friedensverhandlungen mit den Palästinensern eine wichtige Rolle spielen. Wer aber den Siedlungsbau vollmundig als größtes Hindernis für den Frieden kritisiert, sollte die Geschichte des Konfliktes ein bisschen kennen.

Den Sechs-Tage-Krieg 1967 habe ich als Kind erlebt. Damals wurde von arabischer Seite die Auslöschung Israels gefordert. Ägypten und Syrien kündigten an „zu beenden, was Hitler angefangen hatte“. Damals gab es keine Siedlungen, die einen Friedensprozess hätten behindern können und auch keine von Israel besetzten Gebiete. Es gab auch keinen palästinensischen Staat. Gaza gehörte zu Ägypten und das Westjordanland zu Jordanien. Gott sei Dank haben wir damals den Krieg gewonnen.

Aus den Archiven wissen wir heute, dass im Juni 1967 von israelischer Seite angeboten wurde, alle Gebiete inklusive Ost-Jerusalem im Tausch für einen dauerhaften Frieden zu räumen. Das wurde mit der Khartum-Resolution der arabischen Staaten mit „drei Neins“ zurückgewiesen: kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel. Nochmal: Es gab keine Siedlungen, die damals eine Lösung behinderten. Und auch heute sind die Siedlungen nicht das eigentliche Problem. Hier gab es immer Lösungen, wenn der politische Wille dazu da war. Während der Friedensverhandlungen mit Ägypten 1982 wurden die Siedlungen im Sinai geräumt. So konnte ein dauerhafter Frieden erreicht werden.

Israel hat mehrfach Signale des guten Willens gesendet, so zum Beispiel 2005, als alle Siedlungen in Gaza und einige im Westjordanland ohne Gegenleistungen geräumt wurden. Und 2009 wurde ein zehmonatiges Moratorium zum Siedlungsbau von der Netanjahu-Regierung beschlossen, auch das ohne Gegenleistungen. Die palästinensische Seite winkte jedoch ab und ließ sich nicht auf Verhandlungen ein: zu wenig Entgegenkommen, zu spät.

Deshalb sind Siedlungen nicht das Hindernis für einen dauerhaften Frieden. Richtig ist hingegen, dass Siedlungen bei Friedensverhandlungen einer der Hauptpunkte wären. Man könnte zum Beispiel die großen Siedlungsblöcke dort belassen, wo sie sind, das sind nur zirka drei Prozent des Westjordanlands. Ein Ausgleich gegenüber den Palästinensern kann über einen Tausch erfolgen, gleichwertiges israelisches Land könnte übertragen werden. Siedlungen können auch zurückgebaut werden. Die Israelis vor Ort müssten dann zwischen dem Verbleib als Bürger Palästinas oder dem Umzug in einen Teil Israels wählen.

Die Regierung des Ministerpräsidenten Ehud Olmert hatte einen Vorschlag vorgelegt, der eine gerechte Aufteilung in zwei Staaten vorsah, wobei 3,5 Prozent des Landes wegen der Siedlungen getauscht worden wären, und 0,5 Prozent für eine Passage zwischen dem Westjordanland und Gaza. Die Palästinenser lehnten ab, weil ihnen 4 Prozent Landtausch zu viel waren. Später behaupteten sie allerdings, dass Olmert, gegen den damals die israelische Justiz ermittelte, angeblich nicht mehr die nötige Macht für solche Zugeständnisse hatte – ein vorgeschobener Grund. Jetzt sollen Verhandlungen stets mit Vorbedingungen von palästinensischer Seite verknüpft werden. Diese sind aber so umfangreich, dass ich mich frage, worüber überhaupt noch verhandelt werden soll.

Zwei weitere, wichtige Aspekte: Zum anderen hat sich das politische Klima in Israel geändert, es ermöglicht derzeit nicht mehr so großzügige Angebote wie damals. Die Enttäuschung in der israelischen Bevölkerung ist groß. Als Antwort auf Zugeständnisse von israelischer Seite gab es in der Vergangenheit zwei blutige Intifadas und zehntausende Raketen, die auf israelische Zivilisten geschossen wurden. Seit Beginn

des Friedensprozesses von Oslo gab es viel mehr Opfer auf der israelischen Seite als davor. Dennoch sieht eine klare Mehrheit der Israelis die Errichtung zweier Staaten für zwei Völker als erstrebenswerte Lösung für den Konflikt, auch innerhalb der jüdischen Bevölkerung.

Doch die Rahmenbedingungen sind schwierig. Mit wem sollte die Gründung eines stabilen Palästinenserstaates verhandelt werden, der nicht von islamistischen Terrororganisationen einverleibt wird? Auf der palästinensischen Seite gibt es keine handlungsfähige und -willige Regierung. Die Zwietracht zwischen den Machthabern im Westjordanland und jenen im Gazagebiet ist größer als der Hass auf Israel, man müsste hier eher von einer „Dreistaatenlösung“ mit „Westpalästina“ und „Ostpalästina“ sprechen. Darüber hinaus zweifle ich an der Bereitschaft der palästinensischen Führer, mutige Kompromisse mit Israel zu schließen. Sie haben einfach nicht das Format, schwierige Entscheidungen gegenüber ihren Leuten durchzusetzen. Aber um einen solchen Konflikt zu lösen, braucht es couragierte Politiker.

Auch wir Israelis wissen aus unserer Geschichte, wie wichtig es ist, eine Regierung zu haben, die unliebsame Entscheidungen auch in der Bevölkerung umsetzen kann. Erinnern wir uns an das Luxemburger Abkommen von 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel, das finanzielle Entschädigungen für den Holocaust vorsah. Diese Art des Umgangs mit der Schuld der Deutschen war in Israel hochumstritten, viele Menschen verstanden es als eine Art Geld-für-Blut-Vereinbarung, das wollten sie nicht als Form der Wiedergutmachung akzeptieren. So nah an einem Staatsstreich war man in Israel noch nie. Dennoch hat der damalige Premierminister Ben Gurion das Abkommen durchgesetzt. In solchen Situationen braucht man als Staatsmann eine Vision, Überzeugungskraft und Mut.

Die palästinensische Führung ist aber nicht stark genug, einen substanziellen Friedensprozess in den eigenen Reihen durchzusetzen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob sie ihn überhaupt wollen. Ein weiterer Grund: Die internationale Gemeinschaft gibt ihnen die Illusion, dass sie ihre Positionen unilateral gegen Israel durchdrücken können, ohne Kompromisse. Dabei müssten ihre Ziele durch direkte Verhandlungen

mit Israel erreicht werden. Das ist ein klarer Fehler der internationalen Gemeinschaft, denn so wird es nicht funktionieren. Schauen wir uns nur an, was die palästinensische Regierung und ihre Regierungsparteien tun: Da wird offen zu Terroranschlägen aufgerufen. Und, nur ein weiteres Beispiel: Im Westjordanland sind zahlreiche Schulen nach Salah Khalaf benannt – dieser Mann war einer der Drahtzieher beim Attentat und der Entführung der israelischen Olympia-Mannschaft ausgerechnet in München im Jahr 1972. Hinzu kommt die offizielle bekannte Zahlung von Renten für Terroristen und ihre Familien, wohlgerne an Terroristen, die Israelis ermordet oder verletzt oder dabei geholfen haben. Finanziert wird das aus Hilfsgeldern der internationalen Gemeinschaft und auch aus deutschem Steuergeld. Das Westjordanland ist einer der größten Empfänger für Hilfen aus der Bundesrepublik. Die internationale Gemeinschaft würde gut daran tun, dies nicht nur entschieden zu verurteilen, sondern im Sinne des Friedensprozesses auch entsprechend Druck aufzubauen, um die Palästinensische Regierung zurück an den Verhandlungstisch zu bringen.

Wir jedenfalls wissen, dass die Palästinenser immer unsere Nachbarn sein werden. Aber wollen die Palästinenser wirklich wahrhaben, dass Israel immer ihr Nachbar sein wird?

2. Deutschland, Anführer der Freien Welt

2.1 Der ewige „Nazi-Vorwurf“

Denke ich an die deutsche Nachkriegsgeschichte, fällt mir oft ein Song von den „Beatles“ ein: „A long and winding road“. Dieser Hit, geschrieben von Paul McCartney, veröffentlicht im Jahr 1969, hat inhaltlich eigentlich nichts mit dem Weltgeschehen nach 1945 zu tun. Doch „a long and winding road“, einen langen, beschwerlichen Weg, musste auch Deutschland nach dem Holocaust und den anderen Verbrechen ab 1948 unter dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer gehen, um wieder einen Platz in der Gemeinschaft der westlichen Staaten zu finden. Entscheidend war dafür, dass Israel damals den Deutschen die Hand ausgestreckt und Kontakte mit der deutschen Regierung ermöglicht hat.

Natürlich haben Deutschlands Verbrechen und Kriege seine internationale Rolle viele Jahrzehnte lang geprägt. Bis zum Ende des Kalten Krieges traf Deutschland seine Entscheidungen in der Außenpolitik in der Regel in Abstimmung mit der westlichen Staatengemeinschaft. Der Historiker Michael Wolffsohn schrieb im Juni 2017 in der „Welt“, Deutschland habe bis zum Wiederaufbau unter Bundeskanzler Konrad Adenauer „keine Tradition langfristig erfolgreicher Außenpolitik“ gehabt. Deutschland habe sich überschätzt und übernommen, es sei „stärker als die Schwachen und schwächer als die Starken“ gewesen – das endete in zwei Weltkriegen und dem Massenmord an den Juden, schreibt Wolffsohn. Und weiter: „Von 1945 bis zur Wiedervereinigung 1990 war deutsche Außenpolitik im Kern nichts anderes als Deutschlandpolitik im Schutz oder Schatten der beiden Weltmächte Sowjetunion und USA.“

Das ist plakativ formuliert, aber grundsätzlich entspricht es den Fakten. Ich will die für die Zeit ab 1945 geltenden Feststellungen auch nicht als Vorwurf an Deutschland verstanden wissen. Die Regierung in Bonn hatte gar keine andere Wahl als Politik unter dem Schutz Washingtons zu betreiben. Das Gebiet, auf dem die beiden deutschen Staaten, die BRD und die DDR lagen, war jeweils vom Kreml und vom Weißen Haus als Kampfgebiet eingeplant gewesen, wäre der Kalte Krieg eskaliert. So viel zum einstigen außenpolitischen Stand der Bundesrepublik.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks übernahm Deutschland vor allem in Europa Führungsaufgaben, oder genauer: es rutschte in sie hinein. Vor allem waren es die Finanz- und die Eurokrise, die Deutschland dazu drängten, mehr Verantwortung zu übernehmen und auch unbeliebte Entscheidungen zu treffen. Früher stand Europa auf drei Säulen: Großbritannien war die militärische, Frankreich die politische und Deutschland die wirtschaftliche Macht. Großbritannien verließ später per Volksabstimmung die Europäische Union. Frankreich ist derzeit mit seiner innenpolitischen Lage beschäftigt. Hinzu kommen neue, zwingende strategische Interessen Deutschlands und Europas, darunter die Krise in der Ukraine in Schach zu halten.

Das hat auch Auswirkungen auf das einzigartige Verhältnis zwischen Israel und Deutschland. Auf Probleme und Meinungsverschiedenheiten komme ich im nächsten Abschnitt zu sprechen. Aus Deutschlands neuer Rolle in der Außenpolitik ergibt sich darüber hinaus, dass schlicht viel weniger Zeit bleibt, sich im Tagesgeschäft mit der Beziehung zu Israel auseinanderzusetzen.

Aber auch weltweit änderte sich die Konstellation: Bereits US-Präsident Barack Obama fing mit einem Rückzug der USA aus zahlreichen Regionen der Welt an – lange bevor sein Nachfolger im Amt, Donald Trump, den Slogan „America First“ reaktivierte.

Angela Merkel hatte, wie kein anderer deutscher Regierungschef vor ihr, mit außenpolitischen Krisen zu kämpfen. Aber besonders seit drei, vier Jahren wächst der Druck auf Deutschland, die Zügel in die Hand zu nehmen. Angela Merkel hat selbst im Frühjahr 2017 gesagt,

dass Deutschland künftig eigenständiger in der Welt dastehen müsse: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei.“

Bereits ein halbes Jahr zuvor, im Frühjahr 2016, hatte die Bundeswehr erstmals seit Ende des Kalten Krieges angekündigt, Soldaten und Ausstattung der Armee aufzustocken. Laut einer Umfrage aus dem Mai 2016 stimmten mit 51 Prozent – eine knappe Mehrheit der Deutschen – einer stärkeren Armee zu. War das bereits ein Wendepunkt?

Deutsche werden bis heute mit anderen Augen gesehen. Und offensichtlich wünschen sich viele Deutsche, einmal so neutral betrachtet zu werden wie die Menschen in Kanada oder Schweden. Seit der Bertelsmann-Studie aus dem Jahr 2015 wissen wir, dass 81 Prozent der Deutschen sich wünschen, „die Geschichte der Judenverfolgung hinter sich lassen“, 58 Prozent fordern gar einen „Schlussstrich“. Aber so einen Schlussstrich kann es niemals geben.

Erstens: Weil sich Deutschland nur eine neue Identität und einen festen Platz an der Spitze der Weltgemeinschaft erarbeiten konnte, indem es sich zu seiner Vergangenheit bekannte – und die notwendigen Konsequenzen zog.

Zweitens: Israel ist nicht das Hindernis auf dem Weg zu einem Schlussstrich. Es ist die Vergangenheit selbst, die das Hindernis bildet. Und sie wird auch nicht vergehen. Einen anderen Weg als die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit konnte und kann es in Deutschland auch deshalb nicht geben, weil die ganze Welt die deutsche Vergangenheit ebenfalls ständig im Blick hat.

Und drittens: Ich wäre froh, wenn die junge Generation in Deutschland es so betrachten würde: Wir sprechen nicht mehr von Schuld. Und Erinnern ist keine Strafe. Aber aus der Vergangenheit erwächst Verantwortung. Und deshalb ist das Erinnern ein Auftrag. So kann die Erinnerung zu einem Teil der Identität werden, wie es der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck einmal ausrückte.

Ich glaube nicht, dass die meisten der befragten Deutschen von einem „Schlussstrich“ sprechen, weil sie den Holocaust verharmlosen wollen. Es ist der große Wunsch der Deutschen, endlich den

Ballast abzuwerfen. Dieser Wunsch erinnert mich an das Buch „Eine Frau flieht vor einer Nachricht“ des israelischen Schriftstellers David Grossman. Darin geht es um eine Mutter, die damit rechnet, dass ihr Sohn als israelischer Soldat im Kampf sterben wird – aber so lange ihr niemand diese Nachricht überbringen kann, so denkt sie, ist ihr Junge noch am Leben. Natürlich erreicht sie die furchtbare Nachricht letztlich doch. Es gibt eben Dinge, vor denen man die Augen nicht verschließen kann. Die Deutschen von heute haben sich weder ihre Geschichte ausgesucht, noch die Juden, dass von ihnen sechs Millionen ermordet wurden.

Wie ein aktueller Zugang zum Erinnern aussehen und die Vergangenheit mit der Gegenwart verknüpft werden kann, zeigt ein Beispiel aus dem Fußball, das mich beeindruckt hat. Die Fangruppe „Schickeria“ des FC Bayern München entriss im Jahr 2014 das Schicksal von Kurt Landauer dem Vergessen. Landauer war zwischen 1913 und 1951 insgesamt 18 Jahre Präsident des Vereins. Als Jude wurde er nach 1933 von den Nazis diskriminiert und verfolgt und 1938 im KZ Dachau inhaftiert. Er flüchtete in die Schweiz und überlebte die Schoah. Obwohl fast seine gesamte Familie ermordet wurde, kehrte er nach dem Krieg nach München zurück und baute den FC Bayern wieder auf. Die Ultra-Fangruppe hält die Erinnerung an Kurt Landauer als Teil der Geschichte ihres Vereins wach. Ihre Mitglieder benannten ein Turnier gegen Rassismus nach ihm und zeigten ihm zu Ehren Choreografien im Stadion. Für ihr Engagement erhielt die „Schickeria“ den Julius-Hirsch-Preis 2014. Mit dem Preis will der DFB dazu ermutigen, sich im Fußball gegen jede Form der Diskriminierung einzusetzen und mehr Verantwortung zu übernehmen.

Ja, die Deutschen haben eine besondere Verantwortung. Aber das bedeutet nicht, dass sich Deutschland alle Nazi-Vorwürfe bieten lassen muss. Und Nazi-Vergleiche sind verlässlich zu beobachten, wenn jemand Deutschland diskreditieren will. Zu Beginn der sogenannten „Euro-Krise“ druckten griechische Zeitungen Angela Merkel mit Hakenkreuzbinde. Es folgten ähnliche Bilder von Protesten aus Portugal und anderen Ländern. Hitlerbärtchen hier, Panzer dort,

so ging es weiter. Bilder, die man bereits von Zeitungen aus Großbritannien kannte – allerdings war dies bis dahin meist auf Berichte zu Begegnungen von deutschen und englischen Fußballmannschaften beschränkt gewesen.

Es werden immer wieder Menschen versuchen, Deutschland in seiner neuen Rolle mit der Vergangenheit einzuschüchtern. Hier ist es auch die Aufgabe Israels, die Proportionen zu wahren.

Im März 2017 warf der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan der Bundeskanzlerin sogar persönlich „Nazi-Methoden“ vor. Es ging unter anderem um geplante Wahlkampfauftritte von türkischen Vertretern seiner Partei in Deutschland. Sie wollten demokratische Rechte ausnutzen, um gegen demokratische Werte zu hetzen. Es war richtig, dass die Bundesregierung sich nicht erpressen ließ und das auch sofort klarmachte.

Ich habe mich damals dafür eingesetzt, dass diese Äußerungen Erdogans auch aus Jerusalem offiziell verurteilt wurden. Diplomatie ist meist ein Spiel der Interessen, offene Kritik ist aus strategischen Gründen oft nicht möglich. Aber manchmal gewinnen auch Moral und Werte. Der Nazi-Vorwurf gegen Angela Merkel und Deutschland war so ein Fall, das durfte man nicht geschehen lassen.

Ein weiterer Punkt: Viele Verbände, aber auch Regierungen spielen mit den Begriffen Nazis und Holocaust. Manchmal scheint es mir, als wolle jeder seinen Holocaust für sich beanspruchen. Sprachlos hat mich eine Kampagne von Tierschützern gemacht, die von einem „Holocaust an Hühnern“ sprachen, um die Produktionsbedingungen von Eiern zu kritisieren. Ich weiß nicht, warum die Leute so reden: Ob sie einfach ignorant sind und es schlicht nicht begreifen, warum eine solche Verwendung des Begriffes unmöglich ist. Oder tun sie es aus böser Absicht? Mir ist es letztlich egal, warum es passiert. Wichtig ist, dass es nicht hingenommen wird.

Im Jahr 2014, als unsere Streitkräfte auf den andauernden Beschuss aus dem Gaza-Streifen auf israelische Zivilisten mit einer militärischen Operation reagierten, warf der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Israel vor, „barbarischer als Hitler“ zu handeln. Eine ungeheu-

erliche Aussage, die Erdogan im vergangenen Jahr in einem Interview mit einem israelischen Fernsehsender noch einmal unverhohlen wiederholte.

Vielleicht hätte die Bundesregierung damals den türkischen Botschafter einbestellen sollen. Um zu verdeutlichen, dass ein Vergleich Israels mit Hitler, diese unverschämte Relativierung des Holocaust, auch von deutscher Seite nicht hingenommen wird.

2.2 Außenpolitik: Gut oder nur gut gemeint?

Heute, 72 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, will Deutschland Vorbild sein, für Demokratie, Freiheit, Ökologie. Deutschland hat sich den Ruf des verantwortungsbewussten und verlässlichen Erwachsenen der Weltpolitik erarbeitet. Darauf darf Deutschland stolz sein.

Wer Vorbild sein will, muss sich selbst hohe moralische Standards setzen – und tut das in der Regel auch bei anderen. Das „Handelsblatt“ schrieb in einer längeren Analyse im Frühjahr 2017, dass Deutschland in der Außenpolitik gerne, „die schweren Entscheidungen anderen überlässt“ und stattdessen Bündnispartner „von einem hohen moralischen Ross kritisiert“. Das ist zu allgemein formuliert, aber denken wir trotzdem über diese These nach.

Als Sigmar Gabriel im Sommer 2017 zu seinem Antrittsbesuch als Außenminister nach Israel reiste, endete das in einem Eklat. Premierminister Benjamin Netanyahu sagte ein Gespräch mit Sigmar Gabriel ab. Das Treffen mit Präsident Reuven Rivlin fand wie geplant statt. Ich war dabei und in der aktiven Rolle des Vermittlers, meine Aufgabe war es, eine positive Lösung für das Problem zu finden. Mein Eindruck war, dass der Vorfall hätte vermieden werden können, wenn man uns genauer zugehört hätte.

Im Fokus stand ein Treffen des deutschen Außenministers mit der israelischen Nichtregierungsorganisation „Breaking the Silence“. Diese Organisation war einmal angetreten, um der Öffentlichkeit in Israel und der ganzen Welt zu zeigen, was in den besetzten Gebieten falsch läuft. Die israelische Armee nimmt das sehr ernst, schließlich hat sie den Anspruch, nach höchstmöglichen moralischen und rechtlichen Ansprüchen zu arbeiten. Inzwischen dämonisiert „Breaking the Silence“

allerdings mithilfe anonymen, kaum überprüfbarer Einzelaussagen israelische Soldaten insgesamt als Kriegsverbrecher. Die Armee, das sind in Israel alle Bürger, keine Söldner, sondern wir, unsere Kinder, Eltern und Freunde. Nicht wenige der vermeintlichen, von Breaking the Silence veröffentlichten „Geständnisse“ wurden inzwischen durch journalistische Recherchen widerlegt. Bekannt wurde auch, dass einige der ausländischen Geldgeber je nach Menge der vorgelegten „Geständnisse“ zahlen. Ein fragwürdiger Anreiz mit dem Ziel, die israelische Armee zu diskreditieren.

Aber die Diskussion um diesen Vorfall ist längst beendet. Schauen wir aus größerer Entfernung darauf. Vielleicht wird dann verständlicher, warum es so große Aufregung über eine so kleine Organisation gab. Wer genau hinschaut, der findet nämlich einen roten Faden, der von „Breaking the Silence“ direkt zu öffentlichem Applaus für Antisemitismus führt. Und zwar auf der ganz großen Bühne: im Europäischen Parlament.

Yehuda Shaul, das bekannteste Gesicht von „Breaking the Silence“, behauptete im vergangenen Jahr, dass Siedler im Westjordanland das Trinkwasser eines palästinensischen Dorfes vergiftet hätten und die Bewohner daraufhin für mehrere Jahre evakuiert werden mussten. Nichts an der Geschichte war wahr. Warum ist sie hier wichtig? Weil es arabische Medien nicht davon abhielt, diese Lüge weiter zu verbreiten. Höchst willkommen war ihnen diese moderne Variation der Ritualmord-Legende vom Juden, der Brunnen vergiftet. Schon als in Europa vor Jahrhunderten die Pest tobte, beschuldigte man die Juden, sie hätten die tödliche Krankheit über das Wasser verbreitet. Es ist nicht irgendeine Legende, sondern eine, die zu Mord und Totschlag an Juden, aber auch zu Mord und Totschlag an anderen Minderheiten führte.

Die Lüge stand auf Nachrichtenseiten und sickerte in die Untiefen der Sozialen Medien. Dort hat sich das Schauermärchen weitverbreitet und festgesetzt. Genau das sollte es. Und dann verbreitete sie der palästinensische Präsident, Mahmud Abbas, während einer Rede vor dem Europäischen Parlament im Juni 2016 erneut. Das geschah mitten in Europa, vor Zeugen und laufenden Kameras. Mahmud Abbas

gelang es erneut, eine Lüge als Wahrheit zu verkaufen. Dafür bekam er stehenden Applaus vieler Abgeordneter, im Herzen der Europäischen Demokratie. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz twitterte, die Rede sei „inspirierend“ gewesen.

Abbas sagte damals am Rednerpult: „Erst vor einer Woche haben israelische Rabbiner eine deutliche Erklärung abgegeben: Sie verlangten von ihrer Regierung, das Wasser zu vergiften, um Palästinenser zu töten.“ Zwar dauerte es nach der Rede in Brüssel nur einen Tag ehe klar war, dass es weder diese vermeintlichen Rabbiner noch einen solchen Aufruf an die israelische Regierung gibt. Die Behauptung war so falsch, dass sogar Präsident Abbas einen Tag später auf umständliche Weise erklären musste, er habe all das gar nicht so gemeint. Öffentlich im Parlament hat er sich nicht zu dieser Unwahrheit bekannt. Es kann ihm aber auch egal sein, denn offenbar hat es keine Konsequenzen, im Jahr 2016 im Europäischen Parlament judenfeindliche Lügen zu verbreiten.

Worte können töten. Es geht um Menschenleben, die in Gefahr sind. Denn im Ergebnis ist das Bild vom giftmischenden Rabbi ein weiterer Baustein in einem System der organisierten Hetze, das immer wieder palästinensische Kinder und Jugendliche dazu bringt, israelische Bürger auf offener Straße mit dem Messer, der Axt, Feuerwaffen oder dem Auto anzugreifen. Bereits in der Schule lernen Kinder, dass sie Juden töten sollen, weil sie Juden sind.

Wenn EU-Abgeordnete solche Schauermärchen mit Applaus unterstützen, bringt es die Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern kein Stück weiter. Es ist klar, dass weder Sigmar Gabriel noch ein anderes deutsches Regierungsmitglied mit einem Besuch bei „Breaking the Silence“ solche Abläufe unterstützen wollte. Im Gegenteil, Gabriel ist ein Freund Israels, das hat er oft gezeigt. Auch damit, dass er auf seinen Reisen nach Iran einforderte, dass Teheran das Existenzrecht Israels anerkennen muss, wenn Iran normale Beziehungen zu Deutschland unterhalten will.

Aber wenn ausschließlich extremen, noch dazu aus dem Ausland finanzierten Organisationen in Israel international Gehör geschenkt

wird, und sei es aus guten Absichten, dann bringt das den Friedensprozess nicht nur nicht weiter, sondern es hilft am Ende einer Sache, die man vermutlich gar nicht unterstützen wollte.

In einem solchen Fall nämlich wären ehrenhafte moralische Maßstäbe zwar gut gemeint. Aber gut gemeint ist bekanntlich das Gegenteil von gut.

2.3 Deutschland, Iran und der Nahe Osten

Wenn Vertreter des Regimes in Teheran von unseren europäischen Verbündeten empfangen werden, schaue ich manchmal verwundert zu. Im Juni 2017 besuchte der iranische Außenminister, Mohammed Dschawad Sarif, Berlin und wurde in hohen Würden willkommen geheißen. Das Regime in Teheran ruft offen zur Auslöschung Israels auf, präsentiert stolz Raketen zum „Al-Kuds“-Tag, an dem zur „Rückeroberung Jerusalems“ aufgerufen wird und Vertreter der Regierung leugnen den Holocaust. Der Iran unterstützt Terrororganisationen, darunter Hisbollah, die 100.000 Raketen auf Ziele in Israel gerichtet hat. Streitkräfte unter dem Kommando von Teheran bombardieren auch Zivilisten in Syrien. Wir finden es falsch, dass die internationale Gemeinschaft trotz allem bei ihrer Tagesordnung bleibt.

Ja, der deutsche Außenminister, Sigmar Gabriel, hat auch auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Mohammed Dschawad Sarif wiederholt, dass es normale Beziehungen zu Iran nur geben kann, wenn Teheran das Existenzrecht Israels anerkennt.

Ich wurde gefragt, warum wir den Umgang europäischer Länder mit Iran kritisieren, während Israel seinerseits gute Beziehungen zu Russland pflegt, das wiederum ebenfalls als Kriegspartei in Syrien aktiv ist und noch dazu mit Iran verbündet ist. Ich kann dazu nur sagen: Das ist nicht dasselbe wie das deutsch-iranische Verhältnis. Israel ist ein kleines Land, an dessen Grenzen ein Bürgerkrieg wütet, in dessen Nachbarschaft weitere Staaten vor dem Kollaps stehen. Es ist unerlässlich, dass es klare Absprachen mit der Führung in Moskau gibt, damit es nicht zu Missverständnissen kommt, die uns in einen Krieg hineinziehen. Kurz: Unser guter Draht nach Moskau ist eine strategische Notwendigkeit.

Iran will eine zentrale Rolle in den innermuslimischen Konflikten spielen, aber auch in den Krisen und Kriegen über die Region hinaus. Für die „Welt“ habe ich im Frühjahr 2016, ein knappes Jahr nach Abschluss des Atom-Abkommens mit dem Westen, meine Sicht in einem Gastbeitrag geschildert. Zu dieser Zeit war ein Artikel im Wall Street Journal erschienen, darin stand ein bemerkenswerter Satz: „Der Iran, den wir alle kennen – feindlich, expansiv, gewalttätig – ist gesund und lebt, und er ist so gefährlich wie immer.“

Wer hat diesen Satz geschrieben? Ein republikanischer Politiker aus den USA? Oder ein Politiker aus Europa? Oder war es der israelische Premierminister?

Nein, es war Yousef Al Otaiba. Er ist Botschafter für die Vereinigten Arabischen Emirate in Washington und nur eine von vielen besorgten Stimmen aus der arabischen Welt. Im Wall Street Journal legte er im Sommer 2016, also ein Jahr nach Abschluss des Abkommens, dar, warum sein Land wie kein anderes von guten Beziehung zum Iran profitieren würde. Es sind weniger als 100 Seemeilen über den Arabischen Golf von den Emiraten nach Iran, das wäre eine kurze Distanz für wirtschaftlichen und kulturellen Austausch.

Doch die Aussichten waren im Jahr 2016 schlecht und sind nicht besser geworden. Iran setze seine feindliche Politik gegenüber Ländern der Region fort, schrieb der Botschafter. So habe erst kürzlich ein iranischer General wieder damit gedroht, sein Nachbarland Bahrain zu annektieren. Iran rüstet weiter auf, auch nach Abschluss des Abkommens erwarb das Regime für viele Milliarden Dollar Kriegsgerät. Auch im zweiten Jahr nach Abschluss des Atomabkommens, im Sommer 2017, hat Iran seine expansive und aggressive Politik in der Region fortgesetzt.

Die Nachbarstaaten mussten längst begreifen, welche Bedrohung das Regime in Iran darstellt. Ihre Sichtweise zeigt, wie wenig berechtigt die Erwartungen sind, dass Iran an Öffnung und Frieden interessiert ist. Ob der Westen – und auch Deutschland – das wirklich verstehen, das weiß ich nicht.

Was die Mächte vereinbart hatten, klingt erstrebenswert. Ziel der internationalen Gemeinschaft war, dass Iran seine Pläne stoppt, eine

Atombombe zu bauen. Dafür gab es im Gegenzug umfangreiche Zugeständnisse. Viele Wirtschaftssanktionen wurden aufgehoben. Darin schwang auch die Hoffnung mit, dass sich Iran durch seine Rückkehr in die Weltwirtschaft öffnet und moderate Kräfte stärker werden. So wäre es auch den vielen Bürgern im Iran zu wünschen.

Leider zeigt sich deutlich: das Regime wird weder seine Ziele noch seine Macht aufgeben, das war von Beginn an sein Kalkül. Vor dem Abkommen hatten die anhaltenden Sanktionen die Mullahs geschwächt und den bürgerlichen Widerstand wachsen lassen. Wir erinnern uns mit Schrecken an die Grüne Revolution und daran, wie brutal der damalige Präsident Mahmud Ahmadinedschad gegen sein eigenes Volk vorgegangen war.

Damals stieß die Macht des Regimes sichtbar an ihre Grenzen. Nun spülen Geschäfte mit dem Westen viele Millionen in seine Kassen, zur Finanzierung von Waffen, Terror und Unterdrückung. Nicht nur Israel beobachtet mit Sorge, wie sich Iran mithilfe der Hisbollah-Miliz an der syrischen Grenze festsetzt und das erreicht, wovor auch die meisten arabischen Staaten warnen: Über Irak und Syrien wollen sie einen „schiitischen Halbmond“ bilden, um ihren Einfluss zu vergrößern. Ein Korridor bis zum Mittelmeer in der mehrheitlich sunnitischen Region, der auch neue Optionen für Truppenbewegungen und Waffenlieferungen öffnet.

In Deutschland berichtete der Verfassungsschutz im Jahr 2016 über illegale Aktivitäten von Iran, Technologie zu erwerben, die für nukleare und chemische Waffen verwendet werden könnte. Aufgeklärt sind diese Vorgänge und Vorwürfe letztlich noch immer nicht – dennoch reisen weiterhin Wirtschaftsdelegationen aus aller Welt nach Teheran. Und im Frühjahr 2017 meldete der Verfassungsschutz, dass Deutschland zunehmend Ziel sei von Spionageaktivitäten ausländischer Geheimdienste: Hauptakteure seien Russland, China und Iran.

Nun, zwei Jahre nach Abschluss des Abkommens, zeigt sich aber eine gewisse Ernüchterung der anfänglichen Euphorie der westlichen Unternehmer. Die Spur des Geldes führt jedoch von den westlichen Geschäftemachern über Teheran direkt in Terrormilizen, darunter

an die Hisbollah. Ihre Milizen kämpfen in Syrien und richten rund 100.000 Raketen auf Städte und Dörfer in Israel. Ihr Anführer, Hassan Nasrallah, versteckt sich seit dem Krieg im Libanon, nicht weit entfernt von der Grenze zu Israel, gegen den Willen des libanesischen Staats. Das kann er sich leisten, weil Iran es ihm finanziert.

Unverhohlen hat Nasrallah im Juni 2016 einem arabischen Fernsehsender gesagt: „Wir stehen offen zu der Tatsache, dass das Budget der Hisbollah, die Einnahmen und Ausgaben, alles was wir essen und trinken, alle Waffen und Raketen von der Islamischen Republik Iran kommen.“

Wer Strafe immer nur angedroht bekommt, sie aber nie wirklich spürt, nimmt Drohungen nicht mehr ernst. Es ist richtig, dass die Administration unter Donald Trump den Druck erhöht. Ohnehin hätte das Wiener Abkommen konsequenter quid-pro-quo abgeschlossen werden müssen. Das Regime erfüllt eine Bedingung, der Westen erlässt einen kleinen Teil der Sanktionen. Schritt für Schritt. Wenn das Regime die Auflagen nicht erfüllt, werden wieder Sanktionen verhängt.

So hätte der Westen wirkungsvoller auf die anhaltenden Raketenstarts reagieren können. Das Regime ging so weit, auf eine Rakete für einen Test „Israel muss ausradiert werden“ zu schreiben. Und die Opfer der Shoa wurden in einem sogenannten „Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb“ verhöhnt. Teheran zeigt damit allen Kontrolleuren und Partnern im Westen eine lange Nase. Solange der Westen nicht wirklich deutlich macht, dass das Abkommen aufkündbar ist, wird sich daran nichts ändern.

Viele Länder, darunter die Golfstaaten, sehen mittlerweile Israel nicht mehr als Problem, sondern als Teil der Lösung und befürchten den wachsenden Einfluss von Iran. Als ich im Jahr 2017 auf der Münchner Sicherheitskonferenz war, gab es ein Panel mit dem israelischen Verteidigungsminister Avigdor Lieberman, dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu und dem saudi-arabischen Außenminister Adel al-Dschubeir. Ich war nicht überrascht, dass unser Außenminister noch derjenige war, der noch im am meisten gemäßigten Ton über Iran sprach. Der Außenminister der Türkei griff Iran massiv an. Und

Adel al-Dschubeir sprach über Iran, als sei Teheran für alles Böse in der Welt verantwortlich. Während der Katar-Krise im Sommer 2017 haben wir gesehen, wie Länder der Region bereit sind Ernst zu machen – hier Saudi-Arabien, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain – wenn es um Kontakte und Unterstützung der Aktivitäten Irans geht.

Für Israel ergeben sich daraus neue Allianzen in der Region, die auch zu einer Lösung des Konfliktes mit den Palästinensern beitragen könnten. Neben dem großen Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten, der an die Religionskriege vor 400 Jahren in Deutschland und Europa erinnert, gibt es aber auch einen bedeutsamen Nebenkrieg: den zwischen moderaten und den radikalen Sunniten, zu denen auch der sogenannte Islamische Staat oder Al-Qaida gehören. Mit den moderaten Sunniten verbinden uns also auch gemeinsame Interessen. So instabil der Nahe Osten ist, so sehr sollten wir darüber nachdenken, welche neuen Wege sich für Frieden und Stabilität öffnen. Jede neue Option ist ein Grund zur Hoffnung.

2.4 Beschneidung, Islamisten und Pegida

Oft habe ich gehört, dass sich Deutschland mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Sommer 2015 gewissermaßen über Nacht verändert habe. Ohne Frage war es ein einschneidendes Ereignis, als innerhalb kürzester Zeit hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Wie wir inzwischen wissen, waren unter den hunderttausenden Flüchtlingen auch einzelne Gewalttäter und sogar Terroristen.

Unübersehbar ist aber, dass im Zuge der Flüchtlingskrise auch die historische Verpflichtung Deutschlands, Menschen in Not aufzunehmen, eine Rolle spielte und den Diskurs bestimmt hat. Es war und ist eine wichtige Debatte für das Land. Leider aber bleibt mir auch in Erinnerung, dass viele Menschen in der Welt, aber eben auch in Deutschland, die Giftgasangriffe in Syrien mit einem gewissen Gleichmut betrachtet haben.

Die Ergebnisse der Flüchtlingsdebatte sind unterschiedlich: einerseits gibt es viele Ehrenamtliche und Unterstützer in Deutschland, die mit großem Einsatz den Flüchtlingen helfen. Laut Umfragen vom Spätsommer 2016 fordert inzwischen aber eine Mehrheit der Deutschen eine „teilweise Anpassung“ der Flüchtlingspolitik. Für mich klingt das nach einer pragmatischen Einstellung: Es sind Menschen, die helfen wollen, aber auch nicht die Augen vor den Problemen verschließen, die mit der Einwanderung vieler Menschen aus einem anderen Kulturkreis unvermeidbar sind.

Und es gibt jene, denen die „Flüchtlingskrise“ willkommener Anlass ist, jede Tarnung fallen zu lassen und öffentlich zu hetzen. Verändert hat sich die politische Stimmung in Deutschland in diese Richtung aber schon vor dem Sommer 2015. Drei Jahre zuvor, im

August 2012, beschäftigte die „Beschneidungsdebatte“ die Medien und Stammtische. Ein Kölner Landgericht hatte damals die Beschneidung eines muslimischen Jungen durch eine Arzt als „rechtswidrig“ bezeichnet – ein Urteil, das juristisch zwar keinen Bestand hatte, auf das aber offenbar viele nur gewartet hatten. Aus juristischer Sicht war die Debatte schnell wieder beendet. Beschneidung blieb in Deutschland selbstverständlich erlaubt. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte laut einem Zeitungsbericht in einer Fraktionssitzung, sie wolle nicht, dass Deutschland das einzige Land auf der Welt sei, in dem Juden nicht ihre Riten ausüben könnten. „Wir machen uns ja sonst zur Komikeration“, sagte Merkel.

Indes wurde die sowohl unter Muslimen wie Juden übliche Zirkumzision von Jungen als barbarisches Verbrechen am Kind dargestellt. Um Fakten für oder gegen Beschneidung ging es in der Debatte jedenfalls nicht. Wer auf medizinischer Basis gegen die Zirkumzision von Jungen argumentieren will, kommt ohnehin nicht weit. Erstaunt beäugt wurde die Debatte in Deutschland auch in den USA, wo Beschneidung auch jenseits religiöser Motive ziemlich üblich ist. Als Vater weiß ich auch, dass Eltern zuweilen viel weitreichendere Entscheidungen für medizinische Eingriffe an ihren Kindern treffen müssen.

Dass es in der „Beschneidungsdebatte“ mitten in Deutschland wieder gegen die Religionsfreiheit von Juden ging, merkten viele erst später. Vielen war dieser Aspekt offenkundig lästig, setzte er der Debatte doch zwangsläufig Grenzen. Im Kern aber war die Beschneidungsdebatte ein deutlicher Ausdruck einer wachsenden, pauschalen Ablehnung fremder Bräuche insgesamt in Deutschland, und zwar von gebildeten Köpfen. Etwas später, im Februar 2013 wurde die sogenannte „Alternative für Deutschland“ gegründet. Die AFD fing an als Anti-Euro-Partei, aber ihr Kern war von Beginn an keine Wirtschaftspolitik, sie war eine Partei, die eine Grenze ziehen wollte zwischen „Europäern im Norden“ und vermeintlich faulen Menschen im Süden.

Ich habe mich in dieser Zeit oft gefragt, wie es sich wohl anfühlen muss, als Muslim in Deutschland zu leben. Auch das ist für mich eine wichtige, inzwischen zu oft vergessene Erkenntnis dieser Debatte:

Muslime und Juden bemerkten bei dieser Gelegenheit, dass sie als Minderheiten in Deutschland in einem Boot sitzen. Wenn es erst gegen einen geht, ist der andere auch schnell an der Reihe. Eine Lehre, die sich auch die vielen Muslime zu Herzen nehmen sollten, die systematisch zum Hass erzogen wurden und auch in Deutschland gegen Juden hetzen.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite sind tatsächlich Probleme aus anderen Ländern und Regionen inzwischen auch in Deutschland deutlich sichtbar. Unterstützer von Erdogan marschieren auf, Kurden protestieren dagegen. Anhänger islamistischer Regierungen, etwa der iranischen, sind bei Protesten und Kundgebungen aktiv, darunter auch ganz offen Anhänger von Terrororganisationen. Nur zu gut erinnere ich mich an den Moment, bei dem auch der Letzte verstehen musste, was diese Islamisten sich inzwischen auch in Deutschland in der Öffentlichkeit herausnehmen. „*Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein*“, riefen Männer auf vermeintlich pro-palästinensischen Demonstrationen gegen die Verteidigungsgefechte im Gazastreifen im Jahr 2014 in Berlin. „*Hamas, Hamas, Juden ins Gas!*“ hieß es in Gelsenkirchen. „*Kindermörder Israel!*“ skandierte eine Gruppe in Frankfurt am Main.

Wer damals noch bezweifelte, dass sich Extremisten und Unterstützer von Terroristen auf vielen Deutschen Straßen versammeln, musste nur den jährlichen, vom Regime in Iran ins Leben gerufenen „Al-Kuds-Tag“ in Berlin besuchen. Dort wird offen zur Rückeroberung Jerusalems aufgerufen, es ist ein fundamental-religiöser Aufmarsch mit offenem Antisemitismus, zu dem sich allzu gerne deutsche Vertreter aus links- und rechtsextremen Kreisen gesellen.

Über allem steht die Erkenntnis, dass Islamisten oder Anhänger autokratischer, israelfeindlicher Regime in Deutschland an Boden und Selbstbewusstsein gewonnen haben. Was den „*Jude, Jude, feiges Schwein*“-Rufen folgen sollte, war dann aber eine zähe und schwer zu ertragene Debatte über die Frage, mit welcher Handhabe die Polizei gegen solche Ausschreitungen vorgehen soll. Offenbar gab es kaum eine Sensibilität für solche Äußerungen unter den Polizisten, jedenfalls aber keine

klaren Anweisungen, dagegen vorzugehen. Ich erinnere mich gut, dass damals auch eine Demonstration direkt vor unserer Botschaft in Berlin stattfinden sollte. Verstehen Sie mich nicht falsch – ich will keine Demonstrationen unterbinden, auch keine pro-palästinensischen (wenn sie es denn sind), aber zu rechnen war da nicht mit gewöhnlichen Demonstranten, sondern mit gewaltbereiten Islamisten. Was, wenn diese „Demonstranten“ versucht hätten, auf das Gelände unserer Botschaft zu klettern?

Leider weiß ich, dass auch eine gut beschützte Botschaft nicht unbedingt Sicherheit garantiert. Im Jahr 1994 arbeitete ich in London, als Terroristen dort die Botschaft mit einer Autobombe in die Luft jagen wollten. Die Explosion vor dem Gebäude ließ die Fassade einstürzen, Gott sei dank blieben die wichtigen Mauern stehen. Ich saß am Schreibtisch und hatte Glück. Einige Trümmer flogen bis zu 200 Meter weit, viele Mitarbeiter wurden verletzt. Meine Frau ist gelernte Krankenschwester, sie war zu diesem Zeitpunkt gerade in der Botschaft und kümmerte sich um die Verletzten.

Nach direkten Gesprächen mit der Berliner Polizei fand die Demonstration dann einige Meter entfernt von der Botschaft statt. In Sichtweite, aber mit Sicherheitsabstand. Wir, das Personal der Botschaft, dazu gehören auch Familienangehörige und Kinder, standen drinnen und haben die Protestler beobachtet, darunter welche, die Symbole von Terrororganisation trugen. Organisationen, deren erklärtes Ziel es ist, möglichst viele Juden zu ermorden. Mitarbeiter der Botschaft wurden unter Polizeischutz evakuiert.

Ich glaube, nicht nur wir Israelis mussten damals spüren, dass die deutsche Polizei anfänglich nicht auf diesen Extremismus mitten in Deutschland eingestellt war. Zwischen „Adolf-Hitler“-Rufen mit türkischem Akzent und brennenden Israel-Flaggen führten sich die deutschen Sicherheitskräfte teilweise auf wie die passiven Beobachter der Vereinten Nationen in Krisenregionen.

Dabei hatte bereits der Arabische Frühling den Deutschen und der Welt eine schmerzhaftes Erkenntnis gebracht: Teile der arabischen Gesellschaft streben eben nicht so nach Demokratie und Liberalismus, wie

wir im Westen uns das vorgestellt und auch gewünscht haben. Erinnern wir uns an dieser Stelle daran, dass auch die Europäer viele Jahrhunderte gebraucht haben, eine demokratische Kultur zu entwickeln oder seit wie kurzer Zeit es in vielen Europäischen Ländern überhaupt erst freie Wahlen gibt. Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass sich viele deutsche Diplomaten und Politiker den Verlauf des Arabischen Frühlings ganz anders erhofft hatten. Natürlich hat der Westen auch viele Fehler gemacht. Ich erinnere mich gut daran, wie der damalige US-Präsident Barack Obama ganz öffentlich im Fernsehen sagte, dass der ägyptische Präsident Husni Mubarak nun gehen müsse. Ich fand das sehr ungeschickt, sogar richtig ärgerlich, sich so einzumischen. Was dann geschah, wissen wir alle: Die Muslimbrüder kamen in Ägypten in die Macht. Wunschdenken hilft den westlichen Demokratien eben nicht weiter.

Es sind auch diese Erkenntnisse der vergangenen Jahre, die sich bündeln und instrumentalisieren lassen für Hetze gegen Muslime ganz allgemein. Die zunehmende Präsenz einer kleinen, aber lauten Gruppe von Islamisten in Deutschland und der Frust darüber, dass Bürger theokratischer und despotischer Staaten nicht über Nacht zu Demokraten werden. Wenige Wochen nach den „Jude, Jude, feiges Schwein“-Rufen, im Oktober 2014, startete in Dresden die offen fremdenfeindliche und rassistische Bewegung „Pegida“. Sie sagten über sich selbst, sie seien Anhänger des „christlich-jüdischen Abendlandes“. Sie wählten damit ein Label, das offene Fremdenfeindlichkeit erlauben sollte, ohne aber das historisch bedingte Tabu des Antisemitismus in Deutschland anzufassen.

Nun ist „Pegida“ offen fremdenfeindlich, das macht die Einordnung leichter. Es ist keine Intellektuellen-Bewegung so wie damals der Protest gegen Beschneidung. Auf ihren Plakaten sah man Sprüche wie „Kartoffeln statt Döner“. Die AfD hatte sich inzwischen weitgehend vom Euro-Thema verabschiedet. Sie hat offene Hetzer in ihren Reihen, so wie Björn Höcke, der unter Beifall eine „Erinnerungspolitische Wende“ um 180 Grad forderte und das Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ bezeichnete.

Auch jenseits klarer Fälle wie den Reden eines Björn Höcke mussten wir bei der AfD einen zweifelhaften Umgang der Partei mit Antisemitismus in ihren eigenen Reihen beobachten. Als klar wurde, dass für die AfD im Landtag von Baden-Württemberg mit Wolfgang Gedeon ein Mann saß, der in seinem Buch Muslime als „äußeren Feind“ und Juden als „inneren Feind“ bezeichnet hatte, folgte eine lange Debatte darüber, wie und ob Gedeon nun aus Fraktion und Partei ausgeschlossen werden sollte. Die Parteiführung drückte sich um eine klare Ansage und verordnete stattdessen drei Gutachter, die den Antisemitismus in Gedeons Buch untersuchen sollten. Auch bei uns in der Botschaft rief ein AfD-Politiker an und bat uns um Vermittlung eines Gutachters. Gedeon hatte Holocaust-Leugner als „Dissidenten“ bezeichnet. Und nun rief ein Vertreter dieser Partei bei uns an und fragte, ob jemand das gesamte Buch lesen und ein umfangreiches Gutachten dazu schreiben könne. Wie bitte? Worüber denn noch ein Gutachten schreiben? Zum Beispiel darüber, sagte der Anrufer, um welche Art von Antisemitismus es sich hier handelt. Aha. Es hätte auch eine Szene aus einem Monty-Python-Film sein können.

So, wie man in der AfD nicht alle über einen Kamm scheren darf, will ich dem Anrufer gar keine böse Absicht unterstellen. Aber wäre das vor einigen Jahren in Deutschland möglich gewesen? Der Verfasser antisemitischer Hetze sitzt in einem deutschen Parlament und seine Partei ruft in der israelischen Botschaft an, um ein Gutachten über diese Hetze zu bestellen?

Unter dem Strich sind es nun extreme Gruppierungen, die sich gegenseitig stärken: Eine gut sichtbare Gruppe von Islamisten auf der einen, offen xenophobe Gruppierungen auf der anderen Seite.

Wie wenig der Hass auf Fremde, auf alles, was anders ist, mit den realen Problemen der später aufkommenden Flüchtlingskrise zu tun hatte und hat, wurde mir bei meinem Besuch in Mecklenburg-Vorpommern klar. Ich bin mit meiner Frau gerne dort hingefahren zur Erholung. Oft war ich beeindruckt, wie schwer es auch in der Nebensaison war, auf Rügen ein gutes Hotelzimmer zu bekommen. Schwerin ist eine restaurierte Stadt, mit viele Geschäften, die offenbar auch gut

laufen. Der Tourismus in diesem Bundesland boomt, im Jahr 2016 übertrumpfte es nach Besucherzahlen, jedenfalls gemessen an längeren Urlaubsreisen, das Lieblingsziel der Deutschen, nämlich Bayern. Mecklenburg-Vorpommern ist zwar immer noch eines der wirtschaftlich schwächsten Bundesländer, aber Hoffnungslosigkeit sieht meiner Meinung nach anders aus. Flüchtlinge gibt es hier nur wenige, und trotzdem waren sie das größte Thema im Wahlkampf. Und genau dort erzielte die AfD ihr bisher höchstes Wahlergebnis. Aus Gesprächen weiß ich, dass viele Bürger in Brandenburg AfD gewählt haben, um gegen die lokale Regierung zu protestieren. Dennoch muss die Tatsache nachdenklich stimmen, dass Menschen eine Anti-Flüchtlingspartei in einer Gegend wählen, wo fast nur Deutsche leben. Sie können nur aus Vorurteilen gehandelt haben.

Deutschland ist inzwischen zu einem Land mit großer Diversität in der Bevölkerung geworden – die Suche nach einer gemeinsamen Identität aber läuft noch. Werden Flüchtlinge zu Einwanderern, müssen sie sich integrieren wollen. In Israel lernen alle Einwanderer Hebräisch, die Anforderungen an die neuen Mitbürger sind hoch.

Andererseits müssen Migranten, die sich integrieren und Teil von Deutschland werden, dann auch die volle Anerkennung erhalten. Dazu fällt mir ein Beispiel ein, an das ich immer mal wieder denken muss. Bei einem Anschlag in der Silvesternacht 2017 auf einen Nachtclub in Istanbul kamen deutsche und israelische Staatsbürger ums Leben. Aus einem Telefonat mit örtlichen Behörden kam mir dann folgende Geschichte zu Ohren: Ein Deutscher kondolierte uns zum Tod von Lian Nasser, einer 18-jährigen Israelin arabischer Abstammung. Als unser Mitarbeiter zum Tode der deutschen Opfer kondolierte, sagte sein Gegenüber, der Vorfall sei nicht von so großer Bedeutung für die Bundesrepublik, schließlich seien die Opfer „nur Deutsche türkischer Abstammung“ gewesen. Man stelle sich vor, jemand würde sagen, die Opfer des Anschlages seien „nur Juden“ oder „nur Araber“ gewesen. Ein Staatsbürger ist ein Staatsbürger, mit gleichen Rechten, Pflichten und Ansprüchen.

Für uns Israelis muss das genau so gelten. Als ich in Jordanien arbeitete, war ich in ein Projekt der israelischen Hilfsorganisation „Save

a Child's Heart“ eingebunden, diese Organisation leistet medizinische Hilfe für Kinder in vielen Ländern. Ein Baby brauchte dringend Hilfe, wir warteten angespannt, es waren lange Tage. Ich weiß noch genau wie ein israelischer Kollege so etwas sagte wie: „Na, dann gibt es halt einen Araber weniger.“ Bis heute werde ich wütend, wenn ich nur daran denke – sollte ich den Mann eines Tages wieder treffen, ich werde kein Wort mit ihm sprechen. Das Mädchen ist inzwischen zwölf Jahre alt.

3. Gemeinsam gegen den Terror

Oft wurde ich gefragt, ob Israelis „Schadenfreude“ darüber empfinden würden, dass nun auch die Europäer ins Visier des islamischen Terrorismus geraten seien – wo doch einige Europäer zuvor sinngemäß behauptet hätten, Israelis seien gewissermaßen selbst Schuld am Terror gegen ihre Bürger, weil wir keine gerechte Lösung für den Konflikt finden würden. Dazu muss ich sagen, dass kein Israeli über Terror irgendwo auf der Welt Schadenfreude empfinden kann, denn jeder kennt jemanden, der von Terroristen ermordet oder verletzt wurde. Dass der Westen nun aber erkennen muss, dass Terroristen auch in einem Land zuschlagen, das keine Gebiete besetzt hält, dass sie die Angriffe vielmehr gegen uns alle in der Freien Welt richten – das ist eine Einsicht von der ich mir gewünscht hätte, dass sie sich auch ohne Terrorwelle und Todesopfer in Europa verbreitet hätte.

Aus europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, verurteilen Politiker oft die israelischen Sicherheitskräfte. Sie würden zu hart gegen Terroristen vorgehen, die unerwartet Zivilisten angreifen. Sie wissen offensichtlich nicht, wie das ist, wenn mitten auf der Straße plötzlich eine Person eine Waffe zieht und wahllos angreift. In diesem Zusammenhang wurde ein Tweet der Grünen-Politikerin Renate Künast und die daraus entstandene Debatte in Israel sehr beachtet. Im Juli 2016 hatte ein 17 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan in einem Zug nahe Würzburg wahllos Fahrgäste mit einer Axt angegriffen – ein Spezialkommando der Polizei erschoss später den Angreifer.

Künast fragte auf Twitter: „Wieso konnte der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden????“. Das war offene Kritik am Vorgehen der Polizei. Aber viele andere Twitter-Nutzer reagierten

anders, als die Grünen-Politikerin es vielleicht erhofft hatte. Die meisten warfen ihr vor, aus dem Täter ein Opfer machen zu wollen.

Ich sage nicht, dass die israelische Polizei und die Armee keine Fehler machen, eine genaue Untersuchung der jeweiligen Vorfälle ist unerlässlich. Aber für die Arbeit der Sicherheitskräfte gibt es eine entscheidende Voraussetzung: In Israel gibt es längst eine Art Vereinbarung zwischen Behörden und Bevölkerung. Die Menschen sind bereit, ein bisschen von ihrer Privatsphäre aufzugeben. Die Regierung verspricht im Gegenzug, die Informationen nicht zu missbrauchen. So wurde in Israel in vielen Fällen Schlimmeres verhindert. Schon als Kind hat man mir beigebracht, ständig die Augen offen zu halten und Verdächtiges zu melden. Diese Vereinbarung bedeutet nicht, den Staat unkritisch zu sehen, Fehler nicht anzuprangern oder auf Bürgerrechte zu verzichten. Das habe ich im Frühjahr 2017 in einem Gastbeitrag für den „Tagesspiegel“ beschrieben.

Wenn ich in meiner Heimat in ein Einkaufszentrum gehe, steht davor stets eine Sicherheitskraft, ich muss meine Tasche vorzeigen. Klar, ich könnte dann sagen, dass es wirklich nicht nötig sei, mich zu überprüfen. Dass ich als Diplomat arbeite und oft selbst unter Personenschutz stehe. Aber das würde die Person am Eingang nicht beeindrucken. Genauer: Es dürfte sie nicht beeindrucken. Bei dieser Kontrolle geht es zuerst um die Sicherheit aller – und erst dann um mich.

Ich möchte niemanden belehren, wie man unter Bedrohung von Terror zu leben hat. Normalität kann es dafür kaum geben. Mut und Angst empfinden Menschen unterschiedlich. Mir jedenfalls hilft es, darüber nachzudenken, welche Rolle das Individuum spielt und was Zusammenhalt bedeutet. Terroristen agieren wahllos, sie wollen Menschen töten. Es ist ein Kult des Todes gegen die Kultur des Lebens. Um Persönliches geht es Terroristen nur selten. Wer zur falschen Zeit am falschen Ort ist, wird zum Opfer.

Deshalb müssen wir uns gemeinsam wehren. Jeder Mensch hat ein natürliches Recht auf Sicherheit. Es ist richtig, dass die Bundesregierung derzeit intensiv an Maßnahmen gegen Terror arbeitet. Für Demokratien ist es eine große Herausforderung, die richtige Balance zwischen Freiheit und Schutz zu finden und sie zu halten.

„Wir gemeinsam sind stärker“, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Neujahrsansprache gesagt. Stärker als der Terror. Das „Wir“ hat weltweite Bedeutung. Terror kennt keine Grenzen mehr. In Jerusalem hat im Januar 2017 ein palästinensischer Terrorist einen Lkw in eine Gruppe von Soldaten gelenkt, die auf Sightseeing-Tour waren. Vier junge Menschen starben: Yael, Shir, Shira und Erez. Und nur drei Wochen zuvor, im Dezember 2016, steuerte ein tunesisch-stämmiger Terrorist einen Lkw in den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz. Dort war auch das israelische Ehepaar Elyakin. Daliya starb, ihr Mann Rami wurde schwer verletzt. Sie wurden nicht Opfer, weil sie Israelis sind, sondern weil sie den Markt mochten. Und die 18-jährige Israelin und Muslimin Leann Zaher Nasser feierte Silvester in einem Club in Istanbul, als ein Terrorist sie und 38 andere Menschen ermordete. Auch sie ein Opfer von vielen, zur falschen Zeit am falschen Ort.

Leider hat für Deutschland und Europa ein neues Zeitalter begonnen. Es ist jenes, das wir in Israel seit der Gründung unseres Staates im Jahr 1948 kennen. Auf der einen Seite steht das öffentliche Leben, für das klare Gesetze gelten. Auf der anderen Seite stehen Terroristen, die im Verborgenen agieren und keine Regeln akzeptieren. Worte können zu Waffen werden. Jedenfalls waren die meisten Täter in ihren Anschlägen den Aufrufen und Anleitungen von Terrororganisationen gefolgt.

Die Lage in Deutschland hat sich nicht erst mit dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz verändert. Bereits nach den fürchterlichen Anschlägen in Paris im November 2015 hörte ich immer wieder eine Frage: „Sollte ich jetzt noch auf einen Weihnachtsmarkt gehen?“ Offenbar hielten mich die Menschen, denen ich begegnete, für einen Experten in dieser Frage. Aber woher sollte ich die richtige Antwort wissen? Grundsätzlich ist es richtig, sein Leben fortzusetzen wie es war. Sonst nehmen die Terroristen uns die Freiheit. So viel ist klar. Aber neben der Frage nach staatlich garantierter Sicherheit und dem Lebensstil darf ein anderer Punkt nicht aus dem Blick geraten. Was kann eine Gesellschaft selbst für ihre Sicherheit leisten?

Niemand weiß, wie lange die Phase der Bedrohung durch Terrorismus in Europa dauern wird. Aber wir werden es schaffen, wenn wir

diese eine Vereinbarung treffen: Dass wir uns gegenseitig helfen. Die Menschen den Menschen. Die Menschen dem Land. Und die Länder anderen Ländern.

Wie kann das im Alltag aussehen? Ein klassisches Beispiel: Wenn bei der Einreise nach Israel ein Tourist besonders genau kontrolliert wird, löst das oft Unverständnis aus. Was sollte dieser Besucher schon im Schilde führen? Es mag aber andere Gründe für eine Kontrolle geben. So könnte es sein, dass der Reisende ein Paket mitgenommen hat, dessen Inhalt er nicht kennt. Hier hilft nur Umdenken. Wer mitmacht, leistet einen Beitrag zur Sicherheit von uns allen. Wir in Israel wissen das spätestens seit dem Fall von Anne-Marie Murphy: 1986 wollte die 32-Jährige von London nach Israel fliegen, sie war schwanger. Ihr Verlobter, ein Terrorist, hatte ihr erzählt, sie solle schon mal vorausfliegen zur Hochzeit in Betlehem und ein Geschenk für die Eltern mitnehmen, angeblich eine Stereoanlage. In Wahrheit war es eine Bombe. Die Sicherheitskraft am Flughafen stellte der jungen Frau seine Routinefragen und wollte irgendwann wissen, in welchem Hotel sie denn in Betlehem übernachten wolle. Sie antwortete das, was ihr gesagt wurde: im Hilton. Nur, dass es in Betlehem gar kein Hilton gibt. Diese Befragung rettete das Leben von 450 Passagieren – und auch ihres.

Nach den Anschlägen in Berlin gab es in Deutschland auch eine Debatte, wie groß die Angst nun sei und ob es überhaupt Angst gebe. Ich glaube, nach den schrecklichen Ereignissen des vergangenen Jahres geht es gar nicht anders. Jeder empfindet Angst. Stehen wir dazu! Unsere Angst verbindet uns.

Aber versprechen wir uns: Wenn etwas passiert, laufen wir nicht weg, sondern helfen einander. Wenn also irgendwo eine Tasche steht und kein Besitzer in der Nähe ist, muss der Erste, dem das auffällt, die Sicherheitskräfte alarmieren. Egal, ob er es eilig hat. Oder ob er denkt, er sei wichtiger als andere. Das ist er nämlich nicht. Vor dem Terror sind wir alle gleich.

4. Der deutsch-israelische Alltag: Schmetterlinge und Interessen

Viele Deutsche, die erstmals nach Israel kommen, fühlen ein Kribbeln. Das gilt auch umkehrt, für Israelis, die Deutschland besuchen. Das wurde mir jedenfalls oft berichtet. Sie haben Schmetterlinge im Bauch. Die einzigartige Beziehung zwischen beiden Ländern ist eben auch sehr emotional. Berlin zum Beispiel, wo heute so viele Israelis leben, ist immer noch ein aufgeladener Ort. Wenn in Israel darüber diskutiert wird, ob es in Ordnung sei, dass viele Israelis nach Berlin auswandern, dann liegt das an der Vergangenheit, der Shoah. Mit dem Wort „Berlin“ kann man in Israel leicht provozieren. Über Auswanderung nach New York oder Paris gibt es keine vergleichbare Debatte.

Als wir im Jahr 2015 das 50. Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland begingen, durfte man getrost von einem Wunder sprechen. Es ist eine fast unglaubliche Entwicklung. Ich habe noch die Fotos in den israelischen Zeitungen vor Augen, als Rolf Pauls, der erste deutsche Botschafter in Israel und ehemaliger Wehrmachtsoffizier, mit Tomaten beworfen wurde. In den Gesichtern der Menschen spiegelten sich Schmerz, Trauer, Verunsicherung und Wut. Was wir bis heute erreicht haben, ist der Beweis der Stärke des menschlichen Geistes, der sich aus der Asche der Ermordeten erheben kann. Und es ist der Beweis des Willens und der Fähigkeit des jüdischen Volkes, seine Zukunft und sein Schicksal selbst zu bestimmen. Israelis und Deutsche wissen, dass wir aufgrund der Shoa unsere Beziehungen nicht als selbstverständlich betrachten können.

Erinnern wir uns: Im April 1953 wurde als erste israelische Vertretung in Deutschland die „Israel-Mission“ in Köln eröffnet. Im März 1960 kam es zum legendären Treffen zwischen Ministerpräsident David Ben-Gurion und Bundeskanzler Konrad Adenauer im Hotel Waldorf Astoria in New York. Das Foto der beiden Regierungschefs steht heute – zusammen mit dem Foto von Willy Brandts Kniefall in Warschau in 1970 – symbolisch für die Rückkehr Deutschlands in die internationale Völkergemeinschaft.

Große Teile unsere Kultur gehören ohnehin zusammen. Mit den Redakteuren des im März 2016 neu erschienen deutsch-hebräischen Kulturmagazines „Aviv“ habe ich über die Verbindung zwischen deutscher und aschkenasisch-jüdischer Kultur gesprochen. Um zu verstehen, wie eng beide Kulturen verbunden sind, müssen wir uns nur die Sprache anschauen. Natürlich gibt es keine wirkliche, linguistische Ähnlichkeit zwischen Deutsch und Hebräisch. Die eine Sprache ist arisch, die andere semitisch, doch geschichtlich sind sie eng verwoben. Juden leben seit mehr als tausend Jahren in Deutschland. In Köln kann man noch heute das jüdische Viertel der Mittelalterzeit besuchen, dort lebten Juden schon seit dem vierten Jahrhundert. In vielen anderen deutschen Städten ist das ähnlich. Und das spiegelt sich natürlich in der jüdischen Tradition wieder. In den Kommentaren zum Talmud, der im Original in Aramäisch verfasst ist, finden sich auch deutsche Wörter, um genauere Beschreibungen zu ermöglichen. Ab dem Mittelalter war es ein Dialekt aus Frankfurt, der zur Mittlersprache wurde und auch aus Deutsch, Hebräisch, slawischen und jeweiligen regionalen Sprachen zusammensetzte zu: „Jüdisch“, bekannt als „Jiddisch“. Wörter migrierten von einer Sprache in die andere. Zum Beispiel der Ausdruck „Schmiere stehen“. Schmira ist Hebräisch und heißt Wache. Auch sind viele deutsche Worte ins Hebräische eingewandert. Den Terminus „Schlafstunde“ benutzt man im modernen Hebräisch zum Beispiel immer noch. Er wurde von den Jekkes importiert, die Anfang des 20. Jahrhunderts ins damalige britische Mandatsgebiet Palästina immigriert waren. Das Konzept der „Schlafstunde“ wurde durchaus ernst genommen. Als ich als Kind in Tel Aviv aufwuchs, war es noch verboten,

zwischen 14 und 16 Uhr jemanden anzurufen. Man durfte zu der Zeit wirklich nicht stören.

Umgekehrt kennt man in Israel den Klang der deutschen Sprache auch in sehr negativer Prägung. Viele junge Israelis, die man fragt, wie sie Deutschland fanden, sagen, es habe ihnen sehr gefallen – bis auf die Erfahrung, am Bahnhof „Achtung. Achtung“ gehört zu haben. Solche Wörter sind im kulturellen Bewusstsein Israels nur zu fest verankert.

Die eine Säule der deutsch-israelischen Beziehungen ist die Vergangenheit. Die andere ist die Gegenwart. Diese Beziehung beruht auf gegenseitigem Interesse und auf dem Prinzip von Angebot und Nachfrage.

Wenn eine israelische Musikerin einen Job in einem deutschen Top-Orchester angeboten bekommt, dann sicher nicht, weil die Orchesterleitung denkt: Die Juden mussten so viel leiden, geben wir ihr den Job. Nein, sie wird eingestellt, nur weil sie gut ist. Es gibt viele gute Kulturschaffende in Israel.

Auch politisch hat Israel an Bedeutung für Deutschland und Europa gewonnen. Als westlicher demokratischer Staat stabilisieren wir die Region und sind ein wichtiger Partner in Sicherheitsfragen. Wir arbeiten eng mit unseren Partnern Ägypten und Jordanien zusammen und leisten medizinische Hilfe für Menschen aus Syrien. Das liegt auch in Europas Interesse. Niemand möchte sich vorstellen, wie sich weitere Instabilität in diesen Ländern und damit etwa zusätzliche Flüchtlingsströme auswirken würden. Israel ist zudem wichtiger Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Auch wirtschaftlich ergänzen sich Israel und Deutschland sich gut. Deutschland ist Israels drittgrößter Absatzmarkt in der Welt, nach China und den Vereinigten Staaten. Der wirtschaftliche Austausch legte im Jahr 2016 erneut zu. Israel exportierte Güter im Wert von 1,5 Milliarden Dollar nach Deutschland (plus 5 Prozent verglichen mit 2015) und importierte Waren im Wert von 4,3 Milliarden Dollar aus Deutschland (plus 7 Prozent verglichen mit 2015). Deutsche Unternehmen interessieren sich sehr für innovative, israelische Technologie, viele investieren inzwischen in eigene Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in

Israel. Jede Woche starten und landen hunderte Maschinen auf Direktflügen zwischen Deutschland und Israel.

Mit einem Augenzwinkern sage ich oft: Während es für die Deutschen zuweilen schwierig zu sein scheint, „outside the box“ zu denken, finden wir in Israel es zuweilen schwierig, „inside the box“ zu denken. Natürlich sind das Klischees, aber wir finden gute Beispiele aus der Praxis, in denen die israelische Kreativität – und zuweilen auch das Chaos – sehr gut mit dem deutschen Können, der Pünktlichkeit und der Disziplin einhergehen. Wir ergänzen uns. Und so gewinnen wir beide.

Schlusswort

Als ich vor fünfeinhalb Jahren in Deutschland meinen Dienst antrat, sagten mir erfahrene Kollegen, dass man als israelischer Botschafter in Deutschland rund um die Uhr im Dienst sei. Das liegt einerseits an der Gegenwart. Deutschland ist Israels wichtigster strategischer Partner nach den USA, die Felder der gegenseitigen Kooperationen sind vielfältig und wachsen weiter. Die Tatsache aber, dass jeder israelische Botschafter in Deutschland so etwas wie den Status eines Prominenten genießt, das liegt an der Bedeutung der Vergangenheit.

Einmal besuchte ich mit meiner Frau eine katholische Kirche. Dort wollte sich eine Nonne vor uns niederbeugen, uns die Hände küssen und um Vergebung für den Holocaust bitten. Wir waren peinlich berührt und haben der Frau erklärt, dass wir sehr gerne ihre Worte hören. Aber bitte kein Niederbeugen und auch keine Handküsse.

Dann gab es immer wieder Momente, in denen die Geschichte lebendig wurde. Zum Beispiel an der Löcknitz-Grundschule in Berlin-Schöneberg. Die Schüler dort gedenken der ermordeten Juden aus ihrem Viertel, indem sie Stück für Stück eine Mauer aus Ziegelsteinen mit Namen errichten. Jeder Schüler sucht sich einen Namen aus, jeder aus anderen Gründen. Vielleicht, weil der Ermordete in der gleichen Wohnung gelebt hat wie sie. Oder, weil ein guter Freund von ihnen genau so heißt oder sie im gleichen Monat Geburtstag haben. Die Ziegelsteine werden einmal im Jahr einer Mauer auf dem Schulhof hinzugefügt. Die Schüler tragen die Geschichte der Person vor, die sie ausgesucht haben. Das hat mich sehr berührt.

Botschafter für Israel in Deutschland zu sein, das ist ein fordernder, aber auch ein emotionaler Job. Früher hätte ich mir niemals träumen lassen, dass ich ihn eines Tages machen würde. Oft habe ich mich gefragt, was wohl jener Teil meiner Familie dazu gesagt hätte, den ich nie kennenlernen durfte, weil auch sie ermordet wurden. Ich bin sehr stolz darauf, dass ich meinen Teil zur Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen leisten durfte und zum Ausbau der gedeihenden Beziehungen beigetragen habe.

Als wir das 50. Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel begingen, war ein Schwerpunkt unserer Veranstaltungen, dass sich junge Deutsche und Israelis begegnen. Wir haben sogar ein ganzes Flugzeug gemietet, um junge deutsche Talente auf eine Reise nach Israel zu schicken. Die Reaktionen auf beiden Seiten waren überwältigend.

Politisch sind es turbulente Zeiten, auch für Deutschland. Europa muss nach dem angekündigten Rückzug der USA aus vielen Regionen der Welt neue Aufgaben übernehmen. Aber Europa ist politisch und wirtschaftlich geschwächt. Mit einer Ausnahme: Deutschland, das sich nun gezwungen sieht, von einer wirtschaftlichen Supermacht auch zu einer politischen zu werden.

Auch im Inneren steht Deutschland vor großen Herausforderungen: Es steht im Spannungsfeld zwischen Verantwortung aus der Vergangenheit, steigender Diversität durch Einwanderung, aber auch neu aufkommendem Fremdenhass und Extremismus. Der neuerliche und statistisch belegbare Anstieg von Antisemitismus in Deutschland ist eine Schande.

Umso dringender muss der Ruf vieler Deutscher nach einem Schlussstrich unter der Vergangenheit klar beantwortet werden: so einen Schlussstrich kann es niemals geben. Für Deutschland liegt das im eigenen Interesse. Es wird seinen Weg nur fortsetzen, wenn es die Lehren aus der Vergangenheit weiter konsequent umsetzt. So bleibt Deutschland, was es heute geworden ist: ein Synonym für Demokratie, Toleranz und Freiheit. Neben allen deutschen Bürgern, egal wo sie herkommen, ist der Rechtsstaat ein Garant dafür. Freiheit für Meinungsäußerungen und Versammlungen ist ein hohes Gut. Umso wichtiger, das daraus nicht Freiheit zur Hetze wird.

In einigen Wochen werde ich nach Israel zurückkehren, meine nächste Station ist das israelische Außenministerium in Jerusalem. Ich weiß noch nicht genau, was meine Aufgabe dort sein wird. Aber Deutschland und ich sind für immer verbunden.



BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL